

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 20, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstag. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

München, 14. Dezember 1895.

Insertats die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: München, Welkenstraße Nr. 12.

Inhalt: Deutscher Metallarbeiter-Verband: An unsere Mitglieder! — Mehr Sozialpolitik. — Eine effektvolle Freisprechung. — Verband der Metallformer in den Vereinigten Staaten. — An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Abrechnung. — Korrespondenzen. — An die Zahlstellen von Hesse, Hessen-Nassau etc. — Vermischtes. — Gerichtsgeltung. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten: Nach Berlin (Telephonbauanstalt von Welles, Elsbethufer); von Feilenhauern nach Durlach (Flößer), Dielefeld i. Westf., Basel; von Drehern und Schlossern nach Mannheim (Menting); von Schlossern, Drehern und Formern nach Meidenfeld v. Lambrecht (Semmer); Schlosser nach Stendal (Arnold'sche Eisenmühlfabrik); Formier von Wittich bei Ruffig a./Eibe (Eisenstahlhütte von Arnold & Strehl).

Deutscher Metallarbeiter-Verband. An unsere Mitglieder!

Kollegen! Nachdem nunmehr die für die Versammlungen günstige Jahreszeit angebrochen ist, läßt sich auch erwarten, daß ein Theil der langen Winterabende dem Verbands seitens der Mitglieder in stärkerem Maße gewidmet wird als dies bisher in letzter Zeit der Fall gewesen ist. Keine Nummer des Verbandsorgans kam uns zu Gesicht, in der nicht mindestens eine Korrespondenz die Interessenlosigkeit der Mitglieder rügte und denselben Indifferentismus zur Last legte.

Es ist wohl wahr, daß leider der Indifferentismus noch weite Kreise unserer Mitglieder befangen hält und diesem Zustand häufig genug die Leere der Mitgliederversammlungen zuzuschreiben ist, nicht aber darf an dieser Stelle verschwiegen werden, daß auch seitens der schon längere Zeit organisierten Kollegen eine bedeutend positivere Thätigkeit in den Mitgliederversammlungen entfaltet und sie dadurch neu belebt werden könnten. Leider hat der Vorstand in letzter Zeit wahrnehmen müssen, daß einzelne Verwaltungen mit einer, einer besseren Sache würdigen Konsequenz nicht sachliche Erörterungen pflegen, sondern sich auf das Gebiet der persönlichen Streitereien wegen nichtiger Dinge begeben, deren Folge dann sehr häufig nicht zu verlicklichtende Anträge auf Ausschluß und gänzliches Fernbleiben der den Stamm bildenden Mitglieder und der heranzuziehenden Indifferenten ist. Weit entfernt, irgend welches Vertuschungssystem unliebamen Vorkommnissen gegenüber fördern oder gar gegenwärtige Meinungen unterdrücken zu wollen, hält sich der Vorstand für verpflichtet, das Wort zu ergreifen und jedem einzelnen Mitgliede zu empfehlen, dafür zu sorgen, daß einem berartigen Treiben der Boden entzogen wird. Groß sind die Aufgaben unserer Organisation, groß und einzig muß auch

die Zahl der Organisirten sein, um diese Aufgaben ihrer Lösung näher zu bringen. Nicht genügt es, nur die regelmäßigen Beiträge zu zahlen, alle zwei Jahre Anträge an die Generalversammlung zu stellen und diese Anträge vielleicht vier Wochen vorher zu diskutieren. Soll etwas Ersprießliches für uns erzielt, soll unsere Organisation zum wirklichen Förderer unserer Interessen ausgebaut werden, so bedarf es der ständigen nachhaltigen Arbeit aller Mitglieder und Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes ist es, nicht nur zu Zeiten, wo ihm die Organisation gerade frommt oder zu frommen scheint, sondern auch zu Zeiten, wo der wirtschaftliche Kampf etwas nachgelassen hat, ein treuer Berater und Förderer derselben zu sein.

Wie können wir unsere Organisation weiter ausbauen? Das ist die Frage, die sich uns in erster Linie aufdrängt. Die Meinungen darüber sind noch sehr getheilt und werden auch noch lange getheilt bleiben, so lange die Verhältnisse verschoben sind, die die Menschen beeinflussen.

Die Abschaffung des UnterstützungsweSENS, die Ausbau, resp. Verallgemeinerung desselben — das sind die beiden Richtungen, die sich auf unseren Generalversammlungen gegenüberstanden und auch künftige Generalversammlungen beschäftigen dürften.

Während die Zahl der Anhänger der erstereu Richtung nach dem Abstimmungsresultat der letzten Generalversammlung zugenommen hat, ist die Anhängerzahl der letzteren konstant geblieben. Unschwer aber war es, aus der Diskussion zu entnehmen, daß die Zunahme der Gegner des UnterstützungsweSENS in der Hauptsache auf den Umstand zurückzuführen ist, daß eine ganze Anzahl Kollegen in der im Verband eingeführten Bauunterstützung eine Arbeitslosenunterstützung erblickten, die nur den Nichtausfälligen, zummeist sich aus jüngeren Leuten rekrutirenden Mitgliedern zu Gute kommt. Sie erblickten also darin eine Zurücksetzung der älteren und würden sehr wahrscheinlich keine Gegner des UnterstützungsweSENS sein, wenn es eine Form gäbe, die eine gleiche Behandlung aller Mitglieder ermdglichschte, ohne jedes einzelne zu belasten.

Auf der anderen Seite waren die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung der Ansicht, daß eine gleichmäßige Behandlung aller Mitglieder, die ja die gleichen Opfer bringen müssen, dem Verband auch die älteren Kollegen zuführen und auch die Mitgliederzahl sich bedeutend stabiler gestalten würde.

Unser Verband ist eine Kampforganisation, so hört man allenthalben bei jeder Gelegenheit ausrufen, und häufig genug wird diese Behauptung im Gegensatz zur Unterstützungsfrage aufgestellt. Was lehrt uns aber die Erfahrung bei unseren Streiks?

Sie lehrt uns, daß aus Mangel an Unterstützung kein Streik verloren ging, dagegen die Mehrzahl der verlorenen Streiks theils in Folge der großen Zahl der unorganisierten Kollegen, theils aber

auch in Folge der geringen Beständigkeit der eigenen Mitglieder zu Grunde ging.

Woran es aber liegt, daß wir zu wenig Kollegen an unsere Organisation fesseln können, ist unschwer zu erkennen und in der heutigen sehr materialistisch gesinnten Zeit aber auch bekannt genug. „Euer Verband bietet uns zu wenig“, — das ist der bekannte Ausspruch der uns Fernstehenden.

Der Ausspruch, so wenig Berechtigung er auch hat, ist ein berechtigtes Zeugniß für die Erwartungen vieler Tausend Kollegen. Es genügt ihnen nicht, ihnen etwas durch eigene Kraft erreichbar vorgeführt zu sehen, sondern sie wollen einen sichtbaren Vortheil geboten haben und nicht zum geringsten Theil sehen wir deshalb auf den Programmen der modernen Gewerkschaften Punkte, die diesem Wunsche Rechnung tragen wollen.

Der Vorstand ist nun der Ansicht, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit eine Vermehrung der Aufwendungen für Hilfegeld mit sich gebracht hat und, daß gerade diesem Umstande die beiden Richtungen unter unseren Mitgliedern entspringen sind. Er hält aber keineswegs die Frage für hinreichend geklärt, um sie in nächster Zeit zur Entscheidung zu bringen, zumal gerade in Bezug auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung jegliche sichere Grundlage fehlt. Wir kennen nicht die Zahl der Arbeitslosen unseres Verbandes, wissen nicht, wie stark die älteren Kollegen, die sogenannten Ortsausfälligen unter ihnen vertreten sind und können mithin weder beurtheilen, ob eine Verallgemeinerung des UnterstützungsweSENS durchführbar ist, noch können wir es ohne Weiteres für unausführbar erklären.

Aus diesem Grunde, und auch veranlaßt durch manche bei den Unterstützungen nach § 2c des Statuts gemachten Erfahrung hält es der Vorstand für unbedingt notwendig, dieser so wichtigen Frage näher zu treten und zunächst Erhebungen über die Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder zu veranstalten.

Der vom Vorstand diesen Ermittlungen zu Grunde gelegte Plan ist kurz folgender:

Die Ermittlungen erstrecken sich über die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1896.

Jedes arbeitslos werdende oder am 1. Januar 1896 schon arbeitslos Mitglied hat der Ortsverwaltung die Arbeitslosigkeit mitzutheilen.

Die Mittheilung soll enthalten: Angaben über den Anfangstag und den vermeintlichen Grund der Arbeitslosigkeit, das Alter, den Beruf und den Familienstand des Arbeitslosen, die Stärke seiner Familie und die Höhe seines bisherigen Verdienstes.

Neben dieser ersten Mittheilung hat das Mitglied bei Abschließen der Arbeitslosigkeit dies ebenfalls unter Angabe des Datums der Ortsverwaltung, bei der es angemeldet ist, mitzutheilen. Die Ortsverwaltung hat das ihr zu-

gesandte Material zu sammeln und mit der Quartalsabrechnung an den Vorstand einzusenden.

Neben diesen fortlaufenden Erhebungen wird seitens des Vorstandes von Zeit zu Zeit ein Tag bestimmt, an dem an allen Orten zugleich die Zahl der an diesem Tage arbeitslosen Verbandsmitglieder (einschließlich der Zureisenden) festgestellt wird.

Das Gesamtergebnis dieser Erhebungen wird vom Vorstand überichtlich geordnet und den Mitgliedern zur Kenntniß gebracht.

Dies im Großen und Ganzen unser Plan, besondere Instruktionen nebst den für die Erhebungen nöthigen Formulare, Zählbogen etc. gehen noch vor Ablauf dieses Jahres den Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten etc. zu und wird dies in einer der nächsten Nummern unseres Organs bekannt gegeben werden.

Kollegen! So wünschenswerth es auch erscheinen mag, die Erhebungen auf alle zum Berufe gehörigen Arbeiter auszuweihen, so wenig dürfen wir uns verschweigen, daß unsere Organisation bei ihrem jetzigen Stande dazu nicht in der Lage ist; wir können uns nur auf Feststellung der Daten in unseren eigenen Reihen beschränken. Aber auch hier bedarf es der eifrigsten Thätigkeit jedes einzelnen Mitgliedes, um ein möglichst zuverlässiges Resultat zu erzielen. Thue also darum ein Jeder seine Pflicht und trage dazu bei, daß der Erfolg auch den gebrachten Opfern entsprechen möge.

Stuttgart, den 10. Dez. 1895.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Mehr Sozialpolitik!

(Schluß.)

Die Darstellung der überlätzten und gewissenlosen Erstellung der Baugerüste, wie sie am Schlusse des vorigen Artikels aus Mannheim gegeben wurde, ist typisch für ganz Deutschland, nur mit dem Unterschiede, daß an vielen Orten dem überlätzten und gewissenlosen verfahren wird. Wir führen für die Wichtigkeit dieser Behauptung nur noch einiges aus dem Berichte über das Bauwesen in Braunschweig an. Es heißt da unter Anderem: Bei einem Bau am Steinweg war der Haupteingang, den alle am Bau Beschäftigten benutzen mußten, ohne jegliche Schutzvorrichtung, obgleich die Maurer darüber beschäftigt waren. In der Kaiser Wilhelmstraße waren Schieferdecker auf einem steilen Dache ohne jegliche Schutzvorrichtungen damit beschäftigt, die Dachrinnen zu reinigen. Auf einem Bau Hagenbrück und Kirchenstraße brachten mehrere Klempner auf einem Dache an den kleinen Erkerfenstern die Verzierungen an, Gerüst war nicht angebracht, so daß sie auf den weit überstehenden Gesimsplatten standen. Mit welcher Lebensgefahr die Ausführung solcher Arbeiten auf diese Weise verbunden ist, geht daraus hervor, daß leicht solche Gesimsplatten abbrechen, anderer-

seltens aber auch braucht der darauf Stehende nur einen Fehltritt zu thun und er stürzt in die Tiefe. Häufig geschieht es auch, daß die Klempner die Dachrinnen vom Dach aus anbringen müssen, weil, wenn die Planer auf dem letzten Gerüst ihre Arbeiten vollendet, dieses sofort abgebrochen wird.

Die Arbeitserleichterung fand wegen Platzbeschränkung eines Baues in der Mühlbergstraße im Keller statt, ohne daß jedoch für genügende Schutzvorrichtungen gesorgt wäre. In der Pelmenstraße fand die Arbeitserleichterung direkt unter dem Gerüst statt. Von Schutzvorrichtungen war nichts zu sehen.

Wie schon Eingangs erwähnt, läßt der Gerüstbau viel zu wünschen übrig und weist große Mängel auf. Aber mit den Gerüsten im Innern des Baues ist es nicht besser bestellt, besonders werden die Gerüste für Maler sehr mangelhaft ausgeführt. In die Ecken werden sogenannte Holzständer, die man hoch oder tief stellen kann, hingestellt, in diese Holzständer wird ein Brett in der hohen Seite gelegt, darüber hin und wieder noch ein paar Bretter, und das Gerüst ist fertig.

Es sei hier eingeschaltet, daß mehrere Baugewerks-Berufsgenossenschaften in ihren Unfallverhütungsvorschriften auch deren Bekanntgabe für die Arbeiter anordnen und die Arbeiter mit einer Buße von 6 M bedrohen, wenn sie den Vorschriften zuwider handeln. Da ist es nun köstlich, wenn sogar vielfach an öffentlichen, z. B. kommunalen Bauten, jene Vorschriften nicht einmal angehängt sind und die Behörden sich auch um die Innehaltung der eigenen baupolizeilichen Vorschriften nicht kümmern. Da ist es allerdings lächerlich, aber zugleich in das herrschende System passend, daß man die Arbeiter mit Buße bedroht.

Sehr schlimm sieht es um die Bauten herum auch mit den sanitärischen Vorkehrungen aus. Zur Aufbewahrung der Kleider, Schuwaren, Werkzeuge etc., aber auch zum Schutze vor plötzlich eintretendem schlechtem Wetter sind für die Arbeiter Baubuden notwendig. Ein humaner und ordentlicher Bauunternehmer wird in diesem Punkte genügende Fürsorge treffen. Eine ebenfalls notwendige Einrichtung für die Arbeiter an Neubauten ist die Abortanlage. Wie es nun mit diesen Dingen, die auch sehr wichtige Angelegenheiten der öffentlichen Gesundheitspflege sind, steht, zeigen die Berichte aus zahlreichen Städten, von denen wir nur einige erwähnen. So wird über die Baubuden berichtet: Bentzen. Baubuden gibt's hier nicht, die Arbeiter nehmen ihre Mahlzeiten ein, wo es ihnen gut dünkt. Breslau. Bei 20 von den kontrollierten 45 Bauten traf der Beauftragte Buden; dieselben hatten in erster Linie als Aufbewahrungsort für Baumaterialien zu dienen. Gletwik. Bei zwei von den kontrollierten 14 Bauten waren Buden, die sich zum Aufenthalt für Menschen aber nicht eigneten. Grlitz. Es wird meist bei jedem Bau eine Bude hergestellt. Diese Buden sind aber klein, finster und ohne Fußböden. Sobald der Bau unter Dach ist, wird die Bude abgebrochen. Gagnan. Nur selten existieren bei Bauten Materialkutschuppen, die dann von den Arbeitern mit benutzt werden; speziell für die Arbeiter werden solche Buden nicht errichtet. Liegnitz. Es existieren nur Materialkutschuppen. Meisse. Nur bei einem von den kontrollierten sechs Bauten war eine Bude. Posen. Provisorische Bretterställe, in welche man das Vieh schwerlich unterbringen würde, dienen hier als Baubuden. Baubuden existieren in Bromberg nur zur Aufbewahrung des Baumaterials; in diesen Buden nehmen inbezug auch an manchen Bauten die Arbeiter ihre Mahlzeiten ein. In Colberg sind Baubuden selten; es werden

in der Regel alte Jahrmarktsbuden, die zu diesem Zweck nicht mehr taugen, als Baubuden benutzt. In Danzig existieren ebenfalls nicht an allen Bauten Buden, und die vorhandenen sind meist sehr primitiv. Nur an einem Bau des Baumeisters Brachnow bemerkte der Beauftragte eine regelrecht abgegebene Baubude, jedoch war dieselbe ohne Fußböden. In diesen Buden wird allerdings auch das Baumaterial, soweit selbige Schutz bedarf, untergebracht. In Frankfurt a. O. sind Baubuden Seltenheiten. Der Beauftragte hatte Gelegenheit, am Bau des Baumeisters Prust in der Ferdinandstraße eine solche in Augenschein nehmen zu können. Dieselbe bildete einen einfachen Bretterstall, nicht einmal ein Tisch war darin und dabel lag dieselbe so tief, daß bei Regenwetter sich Niemand darin aufhalten kann, der keine Wasserflasche anhat. In Arnoldsberg bemerkte der Beauftragte bei manchen Bauten Bretterställe, die höchst wahrscheinlich als "Baubuden" dienen.

Bezüglich der Aborte lauten die Berichte womöglich noch unergütlicher. Wir lesen da: Bentzen. Aborte sind an manchen Bauten vorhanden, anständiger Arbeiter benutzen dieselben aber nicht, weil der Zustand dieser Aborte zu ekelhaft ist. Besondere Aborte für die Arbeiterinnen werden nicht errichtet. Breslau. Aborte sind meist immer vorhanden, aber dieselben befinden sich ausnahmslos in schlechtem Zustande. Gletwik. Die Aborte werden niemals geleert, der Gestank auf der Baustelle ist deshalb groß. Besondere Aborte für Frauen existieren nicht. Grlitz. In der Regel wird eine Tonne mit Brettern umhüllt; die Umhüllung ist meist so enge, daß sich Derjenige, der den Abort benutzen will, draußen aus- und ankleiden muß. Gagnan. Bei Neubauten werden nicht erst noch extra Aborte errichtet, die Arbeiter müssen zusehen, wo sie ihre Nothdurft verrichten. Liegnitz. Bei vielen Bauten sind Aborte vorhanden, aber weil dieselben weder gereinigt noch geleert werden, bilden sie Senckenherde. Besondere Aborte für Frauen existieren nicht. Meisse. Die Aborte bei den kontrollierten Bauten waren nicht so schlecht wie in anderen Orten, besondere Aborte für die Frauen existieren aber auch nicht. Posen. Aborte sind vorhanden, aber in ganz miserablen Zustande. Aborte sind in Bromberg nicht an allen Bauten vorhanden, und wo solche existieren, erregte die Besichtigung derselben schon Ekel, weshalb wir die Beschreibung erst recht unterlassen. In Colberg werden Aborte hergestellt, aber in der schon bekannten Weise. Beim Neubau des Unternehmers Frik an der Sattlerstraße ist der Abort des abgebrochenen Hauses stehen geblieben. Dieser bildet nun zu gleicher Zeit Abort und Bankomptoir. Der ursprüngliche Raum ist nämlich durch eine Bretterwand getheilt, die eine Hälfte bildet die Schreibstube des Pollers. In Danzig sind ebenfalls nicht an allen Bauten Aborte. Solche fehlten z. B. bei den Bauten des Unternehmers Stoppschinsky in der Todtengasse, des Baunternehmers Conrad, Ecke der Strauß- und Weidengasse, des Baunternehmers Kirkowski in der Hopfengasse, Bilz in Langfuhr u. A. m. Der Zimmermeister Unterlauf hatte bei seinem Bau an der Fleischergasse erst kürzlich einen Abort herstellen lassen, bis dahin waren die Arbeiter auf den Keller angewiesen. Beim Bau des Unternehmers Kupferschmidt in Langfuhr stand die Mückwand des Abortes an der Straße und dieselbe war sehr durchsichtig; eine Thür war vor dem Abort nicht. Auch am Neubau der Husarentafelne befinden in dieser Beziehung traurige Verhältnisse; den Beauftragten wurde versichert, daß viele Arbeiter einfach an einem beliebigen Ort

im Bau ihre Nothdurft verrichten. In Frankfurt a. O. Ober fehlen die Aborte fast an allen Bauten, wo solche existieren, geben sie den beschriebenen nichts nach. In Arnoldsberg besagt das große Plakat genug, daß den "Unbefugten" den Zutritt zum Bau verboten.

Erwähnenswerth ist auch noch der Mannheimer Bericht. Baubuden, bestimmt zum Aufenthalt für Arbeiter, gibt es daselbst nicht, die Bauarbeiter sind darauf angewiesen, während der Pausen Gasthäuser aufzusuchen. Besondere Buden oder andere reservirte Aufenthaltsorte für Arbeiter gibt es auch auf Zimmer- und Steinmehlpöhlen nicht. Aborte wurden nur auf einigen Bauten angetroffen und diese werden geschätzt, daß sie den schon beschriebenen an Ekelhaftigkeit nichts nachgeben. Im Allgemeinen sind die Bauarbeiter darauf angewiesen, in Gasthäusern ihre Nothdurft zu verrichten; sobald der Bau selbst Schutz gegen nennenswerthe Witterung gewährt, dann wird in einem beliebigen Winkel die Nothdurft verrichtet. Nicht selten wird der Sand verunreinigt, welcher als Unterfüllung unter den Fußböden bestimmt ist; auch werden Staken aufgenommen und der Raum zwischen Schalung und Staken als Vertiefung für Exkremente benutzt.

Das sind so ungesunde, so unsittliche Zustände, daß man ohne Uebertreibung von Schweinereien reden kann. Handelte es sich hierbei allein um die von "Besitz und Bildung", so würden sie mit aller, ihnen in solchen Fragen eigenen Energie auf raschem Wandel bringen und damit ebenso baldigen als befriedigenden Erfolg erzielen. Da es sich hierbei aber ebenso sehr um die Arbeiter handelt und ein Einschreiten wie ein sozialpolitischer Akt aussähe, so kümmern sich die Besessenen und gebildeten, herrschenden Klassen um alle Schweinereien nicht. Hat doch der Appell an den Magen nicht einmal vermocht, mit den oft haarsträubenden Zuständen in den Bäckereien anzuräumen. Wohlthätig wirken auf diese Klassen können nur Epidemien, wie die Cholera, sobald davon auch sie ergriffen werden. Mit dem Verschwinden der Cholera in Hamburg kam aber auch die alte Unordnung wieder zur Geltung. Es ist sicher kein Zweifel, daß den modernen Augiasstall nur der Herrliche Sozialismus gründlich zu reinigen vermag.

Die Unfallverhütungsvorschriften hängen an den Bauten nicht, wohl aber Verbote des Schnapstrinkens. Gleichzeitig treibt man die Arbeiter in die Wirthschaften, damit sie ihre Nothdurft befriedigen können! In Köln a. Rh. hat eine Untersuchung ergeben, daß in 30 Fällen der Arbeitslohn im Wirthshaus und nur in 8 Fällen auf der Baustelle oder in der Wohnung des Bauunternehmers ausbezahlt wird. Der Bericht der Kölner Baukontrollkommission sagt hierüber sehr zutreffend: "§ 115a in der Reichsgewerbeordnung besagt, daß das Auslöshen von Arbeitern nicht ohne Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde in Gast- und Schenkwirthschaften geschehen darf. Für die hiesigen Bauunternehmer und Maurermeister schenkt diese Bestimmung nicht zu existieren; denn daß diese Art der Lohnzahlung von der Kölner Polizei genehmigt worden wäre, glauben wir nicht. Jeder Arbeiter kennt die Uebelstände, welche mit der Lohnzahlung im Wirthshaus verbunden sind. Man muß oft stundenlang sitzen, ehe man in den Besitz seines sauer verdienten Lohnes gelangt; die Frauen stehen vor den Wirthshäusern und warten, um ihre Einkäufe machen zu können, weil sie in den meisten Fällen aller Mittel bar sind. Andererseits kommt aber auch der Arbeiter im Verlauf der Woche an's Vorgen, der Wirth wird in den meisten Fällen vom Parlier angesprochen, derselbe denkt, das kannst du thun, die

Leute werden bei dir ausgelöhnt, und da bist du keines Geldes sicher. Ein großer Theil der Arbeiter benutzt die Gelegenheit und borgt drauf los, wodurch die Armut immer mehr um sich greift. Ein anderer Umstand ist der, daß bisweilen die auslöshenden Parlier den Leuten weniger Lohn auszahlen, als sie selbst vom Unternehmer für dieselben erhalten haben. Nicht Alle machen dies, aber leider sind wir in der Lage, sehr viele derartige Fälle zu kennen. Das Auslöshen im Wirthshaus ist absolut nicht zu erlauben."

Nicht deprimirend wirkt die immer wiederholte Thatsache der Beschäftigung von Frauen und Kindern auf Bauten. Bei einem kulturell höherstehenden Volke wird man aus Gründen der sittlichen Scham keine Frauen auf Bauten beschäftigen. In der ganzen Schweiz belspielsweise findet man nirgends eine Frau als Bauarbeiterin. Schulkinder, welche Dachziegel in die Höhe befördern, gibt man in Queblinburg sage und schreibe und stammel — einen Tageslohn von 80 J. Wie billig ist doch das Proletarierfleisch! Die Stundenlöhne der erwachsenen Bauarbeiter (Bauhändler) schwanken in den verschiedenen Orten und für die verschiedenen Berufsarten von 20—50 J, der jugendlichen von 12—21, der Frauen von 15 bis 21 J. Die Tagelöhne von M 2,40 bis 4,50 für Erwachsene, von M 1,50 bis 2,50 für Jugendliche. Die tägliche Arbeitszeit der Bauhandwerker beträgt in einigen Städten 8—9 Stunden für Ofenseher, Maler und Steinhauer, für die Maurer, Klempner, Zimmerer etc. in den meisten Städten 10, aber auch 11, 12 und sogar 13 Stunden (Essen).

Für die anstrengende und aufreibende, dabei lebensgefährliche und vielfach unregelmäßige Arbeit sind die Verhältnisse sowohl in Bezug auf die Arbeitszeit als auch auf den Arbeitslohn recht ungenügende. Daher wohnen denn auch — ein blutiger Hohn auf die angeblich göttliche Weltordnung! — Die meisten Bauarbeiter wie ihre übrigen Klassengenossen in oft recht schlimmen Wohnungen, während sie für die Besitzenden die herrlichsten Schlösser, Paläste und Villen bauen.

Urges Uebelstände im Bauwesen sind ferner noch das Arbeiten im Innern der fertigen Nothbauten bei unverglasten Fenstern, was im höchsten Grade ungesund ist und sodann das Austrocknen der Bauten durch offene Kofatsfener.

Es drängt sich die Frage auf: Haben denn die Bauarbeiter noch nichts gethan, um die behördliche Intervention herbeizuführen und dadurch die Uebelstände zu beseitigen? Die organisierten Arbeiter haben sich in der That in verschiedenen Städten an die Behörden gewandt, aber ohne den gewünschten Erfolg und in einigen Orten ist sogar den Arbeitern auf ihre Eingabe von den Behörden, die doch die Diener des Volkes zu sein haben, nicht einmal geantwortet. In Braunschweig ist die Behörde gegen das Bauwesen eingeschritten in Folge einer öffentlichen Bauhandwerker-Versammlung, die an den vorhandenen Uebelständen scharfe Kritik übte.

Die Bauhandwerker haben mit ihrer ausgedehnten Untersuchung ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet, das in einem gesunden, wohlgeordneten Gemeinwesen aber nicht notwendig, oder dann, wie es ihre Pflicht, von den Behörden gethan worden wäre. Für ihre Arbeit, die nicht allein im Interesse der Bauhandwerker gelegen, sondern in dem Interesse des ganzen Volkes, haben sie die Anerkennung und den Dank Aller verdient. Es ist beschämend für die Behörden, daß sie außer der schablonenmäßigen, in den Jahrhunderte alten Geleisen fortbewegten Verwaltungsarbeit und außer den eifrigen, kleintlichen Verfolgungen der Ar-

beiterbewegung für nichts Anderes, für alle die vielen brennenden Fragen des Lebens kein Auge und kein Verständnis besitzen. Nach der Parole Hohenlohes streift die Bureauplatte und mit ihr die Vertretungsbehörden auf dem Gebiete der Sozialpolitik. „Mit Sozialreform“ lautet die leitende Parole der deutschen Politik in Staat und Gemeinde. Unter diesen Umständen wird selber auch die verdienstliche Arbeit der Bauhandwerker wenig Erfolg im Reichstage haben, der ihr aber so dringend zu wünschen wäre.

Eine effektvolle Freisprechung.

Die staatliche Anklagebehörde in Berlin, welche bei dem Prozesse gegen den Nebakteur Babel vom Kupfergewerkschaftsblatt eine Prozeßerte gegen alle Arbeiterzettelungen, die vor Zugang gewarnt hatten, ankludigte, ist auf ihrem ferneren Strafzuge vor einem Berliner Schöffengerichte gescheitert. Wir geben den Bericht über die Prozeßverhandlung, in der die Materie des Koalitionsrechtes von den Anwälten und den Angeklagten in welchem Umfange vortrefflich aufgeklärt und der anklagende Beamte wie es scheint ziemlich entwaffnet wurde, nach dem Vorwärts wieder.

Der Nebakteur des Vorwärts Kunert und der Arbeitsvermittler des Metallarbeiter-Verbandes Wähld, hatten ein Strafmandat von je 50 M wegen groben Unfugs erhalten, weil sie im Vorwärts gelegentlich des Streiks gegen die Firma Welles die öffentlichen Auforderungen „Zugang ist fernzuhalten“ und „Zugang ist streng fernzuhalten“ veröffentlicht hatten. Beide hatten Widerspruch erhoben und die Sache stand am 26. Novbr. vor dem Amtsgericht I zu Berlin zur schöffengerichtlichen Verhandlung.

Die beiden Angeklagten bestreiten, sich des groben Unfugs schuldig gemacht zu haben; Wähld ging näher auf die Entstehungsgeschichte des Streiks bei Welles ein, der wegen des rücksichtslosen Vorgehens der Firma ausgebrochen sei. Das Koalitionsrecht der Arbeiter sei praktisch ganz wertlos, wenn es nicht mehr erlaubt sein solle, die Arbeiter zu einem gemeinsamen Handeln gegen die Unternehmer öffentlich aufzufordern. Wohin solle es führen, wenn ein gesetzlich gewährleistetes Recht zu gebrauchen, juristisch grober Unfug genannt würde? Unserdem habe, wie Kunert noch hinzufügte, kein Dolus zu einer strafbaren Handlung vorgelegen, da in den Zeitungen sofort die seit Jahren geübte Art von Auforderungen unterblieb, nachdem einmal eine Verurteilung bekannt geworden sei.

Der Amtsanwalt Schröber beantragte gleichwohl eine Strafe von 50 M ev. 10 Tagen Haft für jeden Angeklagten auf Grund der bekannten Reichsgerichtsentscheidung wegen Boykotts.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld führte in wirkungsvoller Rede aus, daß dieser Prozeß von großem prinzipiellen Interesse sei, weil es sich darum handele, ob die Arbeiter das Recht, das ihnen in der Gewerbeordnung von 1869 zugestanden sei, noch weiter behalten sollten oder nicht. Es sei für den Arbeiter eine Lebensfrage, seine Arbeitskraft so theuer wie möglich zu verkaufen; weil er aber isoliert dem Unternehmertum machtlos gegenüberstände, übe er auf Grund des § 152 der G.-O. das Recht, sich mit feinesgleichen zusammenzutun zum gemeinsamen Vorgehen; das Naturrecht des Einzelnen sei ganz logisch richtig auf die Gesamtheit übertragen. So sei es ein gesetzliches Recht der Arbeiter geworden, in einen Streik einzutreten, oder eine Sperre zu verhängen. Im vorliegenden Falle habe die Organisation der Metallarbeiter resp. der Tischler in vollem Recht einen Streik erklärt, und damit das Vorgehen den weit auseinander wohnenden

Kollegen bekannt würde, hätten sie in der Presse die Ankündigung und Aufforderung erlassen. Man nehme, wenn diese Maßregel verboten werde, den Arbeitern — obwohl unabsichtlich — durch die Jurisdiktion das, was man ihnen gesetzlich zugestanden hat. Leidenschaftlos, objektiv und gemäßigt halten die Bekanntmachungen aber gar nicht geschehen können, als in dem vorliegenden Fall. Ueberhaupt wenn man einmal sich auf den Standpunkt der Anklage und des Reichsgerichts stelle und die Unternehmer als das Publikum schlechthin bezeichne, könne wohl die Koalitionsfreiheit der Arbeiter Beunruhigung hervorrufen, nicht aber eine solche Anklage. Wie könne denn die Ausübung eines gesetzlich gewährleisteten Rechtes grober Unfug sein und gar des Rechtes, das der Gesetzgeber zwecks Erhaltung des sozialen Friedens eingeräumt habe! — Dr. Herzfeld wies dann noch an der geschichtlichen Entwicklung nach, daß das Recht der Arbeiter notwendig zu dieser Form der Ankündigung von Streiks und der Warnung an die Vergenossen geführt habe, machte darauf aufmerksam, daß gerade die Organisationsfreiheit und ihre Folgen den wirtschaftlichen Kampf friedlicher gestalten hätten und schloß mit dem Hinweis, daß eine Verurteilung der beiden Angeklagten sehr wohl in den weitesten Kreisen eine große Beunruhigung hervorrufen könne, die jedenfalls auf den Charakter der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze den unheilvollsten Einfluß haben würde. Ohne Organisation, durch Angriffe auf die gewerkschaftliche Organisation befördere und zeitige man gewaltige Streiks einzelner an Stelle der friedlichen Streiks, die von organisierten Gewerkschaften ausgehen.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann weist zunächst nachdrücklich darauf hin, daß das Erkenntnis des Reichsgerichts ohne alle Verbindlichkeit für die Entscheidung des Schöffengerichts sei. Der Gesetzgeber habe dem Laienverstande, dem gesunden Menschenverstande sein Recht durch die Institution von Schöffengerichten einzuräumen beabsichtigt. Ueberdies sei das Reichsgerichts-Urteil falsch. Es brohe den Grundsatz „keine Strafe ohne Gesetz“ mit einem Federstrich außer Kraft zu setzen, sei geeignet, Rechtsunsicherheit in außerordentlich gefährlicher Weise hervorzurufen, stehe auch im Gegensatz zu anderen Reichsgerichts-Entscheidungen. Der § 360¹¹ spreche von einer Beunruhigung des Publikums im Allgemeinen, die Anklage setze aber ohne Weiteres die Unternehmerklasse dem allgemeinen Publikum gleich, verstoße damit also gegen einen Grundsatz unseres ganzen Rechtslebens. Der Gesetzgeber habe im Interesse des sozialen Friedens zwei Wege eingeschlagen, um der Ohnmacht des isolierten Arbeiters zu helfen. Erstens diktiere das Gesetz selbst Bedingungen des Arbeitsvertrages — wir nennen diese Arbeiterschutzbestimmungen —, ferner lasse das Gesetz die Selbsthilfe zu. Hierdurch soll der Verkäufer der Arbeitskraft in annähernd gleiche Stellung gebracht werden wie der Verkäufer irgend einer anderen Waare. Die Angeklagten hätten nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gehabt für die Interessen der Arbeiterorganisation einzutreten und diese dürfe ihnen, schon im Interesse des sozialen Friedens, nicht unmöglich gemacht werden, besonders in dem vorliegenden Falle, wo die Arbeiter durch die Rücksichtslosigkeit der Firma herausgefordert seien.

Nebakteur Kunert führte aus, wie von staatlichen und städtischen Behörden fast alljährlich ähnliche Warnungen erfolgten, ohne daß Anklage erhoben würde. Sei der Inhalt der Aufforderungen straflos, so sei ferner die Form ohne Zweifel rechtlich erlaubt, zumal eine Umschreibung nichts nütze; die Gewerkschaften befänden sich im Kampfe gegen die Unternehmer

in einer Notlage und machten nur von ihren gesetzlichen Rechten Gebrauch, um ihren menschlichen und stitischen Pflichten zu genügen. Wenn die Gerichte zu Verurteilungen kämen, dann trieben sie die Arbeiter mit Gewalt in den veralteten und längst überwundenen Zustand der Gehelmsblindelei wieder hinein; um das zu vermeiden, darnun seien gerade öffentliche Aufforderungen nötig, die deshalb auch straflos bleiben müßten.

Nach einer kurzen Replik des Amtsanwaltes, der den bedeutsamen Charakter der Verhandlung nicht anerkennen wollte und nach kurzer Verathung des Schöffengerichts verurtheilte Amtsgerichtsrath Sabrozinski, daß nach Ansicht der „Mehrheit des Gerichtes“ die Angeklagten nicht schuldig seien. Das Schöffengericht habe daher die Angeklagten freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

In zwei fast genau gleichen Anklagesachen legen nun zweierlei Berliner Urtheile vor: ein verurthellendes und ein freisprechendes. Wegen beide legen die unterlegenen Parteien, die Angeklagten und die Anklagebehörde, scharflich Berufung ein. Die höheren Instanzen müssen sich, soll das Koalitionsrecht mehr als ein tochter Buchstabe sein, gezwungenermaßen den freisprechenden Berliner Urtheilern anschließen.

Verband der Metallformer in den Vereinigten Staaten.

Ueber die Entstehung und Thätigkeit dieses Verbandes berichtet „Le Réveil des Mineurs“ (Die Wacht der Former), Organ der französischen Metallformer:

In Folge der industriellen Krise im Jahre 1837 wurde in Philadelphia ein Verein der Eisengießer gegründet, dessen Bestand aber nur von kurzer Dauer war. Es vergingen zwölf Jahre, ohne daß die Former an eine neue Organisation gelangten hätten. Erst im Jahre 1849 begannen neue Organisationen zu entstehen, und zwar in Philadelphia, Troy und Albany, welche im Staate New-York, ferner in Cincinnati (Ohio) und Boston. Die Ohnmacht dieser rein lokalen Vereine, bei Streiks und Aussperrungen Sprüchliches zu leisten, ließ bald eine Verbindung aller dieser Vereine als notwendig erscheinen. Zu diesem Zwecke trat der Verein in Philadelphia im April 1858 mit den Schwestervereinen anderer Städte in brieflichen Verkehr, und nach einer einjährigen Unterhandlung trat am 5. Juli 1859 der erste Kongreß der Metallformer in letzterer Stadt zusammen, auf welchem 15 Organisationen durch 35 Delegirte vertreten waren. Der zweite Kongreß tagte am 40. Januar 1860 in Albany der dritte am 10. Januar 1862 in Cincinnati. Auf diesem letzteren Kongreß waren schon 54 Vereine, welche zusammen 2846 Mitglieder zählten, vertreten. Der Bürgerkrieg, der im Januar 1863 mit der Befreiung der Sklaven endete, hatte die Organisationsfähigkeit der Arbeiter derartig gelähmt, daß auch der Verband der Metallformer sehr darunter litt, so daß das Verschwinden der ganzen Organisation sehr wahrscheinlich wurde; allein im Laufe des Jahres 1863 erholten sich die Organisationen so sehr, daß sie von Tag zu Tag stärker wurden. Heute zählt der Verband bereits 311 Vereine mit 36 000 eingeschriebenen Mitgliedern, von denen 30 000 regelmäßig ihre Beiträge leisten. Gegenwärtig finden die Kongresse alle drei Jahre statt und zwar am ersten Mittwoch nach dem 4. Juli, nachdem im vorhergehenden Monat März die Mitglieder sich in Versammlungen über die Opportunität des Kongresses geäußert haben.

Um Mitglied eines dem Verbands angehörenden Vereines zu werden, muß man entweder drei Jahre in der Lehre gestanden oder während der gleichen Zeitdauer im Gewerbe thätig gewesen sein,

so daß der Arbeiter in der Lage ist, einen Tariflohn zu verdienen. Der Verband nimmt Lehrlinge als Mitglieder nicht auf, und falls er vor vier Jahren den Lehrplatz verlassen, wird der Lehrling veranlaßt, zum Meister zurückzukehren. Die Anzahl der Lehrlinge, welche ein Meister beschäftigen darf, ist beschränkt, und zwar ein Lehrling auf je acht Arbeiter. Das Alter eines Lehrlings ist auf 16 Jahre im Minimum und 21 J. im Maximum festgesetzt. Die Stückarbeit ist den Verbandsmitgliedern strengstens untersagt. Ein Arbeiter, der dagegen handelt, darf keinen Lehrling beschäftigen, auf eigene Rechnung keinen Hilfsarbeiter halten, auch nicht auf Rechnung des Meisters. Jedes Verbandsmitglied beginnt die Arbeit nie vor 7 Uhr Fröh. In jeder Stadt können neue Vereine jener Fachgenossen gegründet werden, die einen Zweig der Former oder Gleicher bilden; z. B. die Former der hohen Urteile, die Former von Maschinenbestandtheilen, Kupfergießer u. s. w. Mitglieder, die neben ihrem Geschäft ein Schanklokal halten, können keine Funktion ausüben, noch dürfen sie zu einem Kongreß delegirt werden. Der 6. Juli wird alljährlich als Gründungstag des Verbandes gefeiert. Die Organisation der Krankenunterstützung obliegt den einzelnen Vereinen, während der Verband die Unterstützung in Streikfällen, ferner jene der Zubalben und die Deckung der Beerdigungskosten zu besorgen hat. Zu diesem Zweck hebt er von den Organisationen pro Monat und Mitglied einen Beitrag von zwei Franks ein. 58 Prozent der Gesamtsumme werden zum Widerstandsfond geschlagen, 26 Proz. zum Verwaltungsfond und 6 Proz. zum Unterstützungsfond. Dieser letztere Fond dient dazu, um den Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitgliedes den Betrag von 500 Franks anzuhafen zu können. Den gleichen Betrag erhält jedes dauernd invalide geordnete Mitglied. Der Verband gibt sich alle Mühe, um Streiks zu verhindern.

Im Falle von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern, verursacht durch Nichtbewilligung einer Lohnerhöhung oder durch einen Versuch, die Löhne zu reduzieren, oder durch eine Verletzung der Prinzipien des Verbandes, kann der Verband nur dann eine Aktion zu Gunsten der betreffenden Genossen einleiten, wenn die Dreiviertel-Majorität einer eigens zu dem Zweck einberufenen Versammlung diese die Autorisation gibt. Stimmenberechtigt sind nur Mitglieder, die wenigstens drei Monate einem Verein angehören. Nach dieser Abstimmung begibt sich ein Delegirter des Verbandes zu dem betreffenden Fabrikanten, um einen Ausgleich zu Stande zu bringen. Gelingt der Ausgleich nicht, wird das Zentralkomitee des Verbandes davon verständigt, welches auf Grund der eingeholten Informationen den Streik empfiehlt oder davon abräth. Im ersteren Falle erhält jeder Streikende, wenn verheirathet, 35 Franks, wenn ledig 25 Franks als wöchentliche Unterstützung.

Die Zentralverwaltung setzt sich zusammen aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, einem Sekretär und Sekretär-Stellvertreter, einem Kassier und fünf Kontrolleuren. Diese Letzteren haben jeder Einzelne eine Kauton von 20 000 Frks. zu leisten.

Das Verbandsvermögen wird auf ihren Namen und denjenigen des Präsidenten in einem staatlichen Institut oder einer Bank plazirt und können Selber nur behoben werden auf Grund eines Mandats, das die Vereinsstempel trägt und von allen Kontrolleuren wie auch vom Präsidenten gefertigt ist. Der Kassier seinerseits hat eine Kauton von 75 000 Frks. zu erlegen. (Was müssen das für Arbeiter sein, die solche Kautionen leisten können? Anm. d. Red.) Die

Gehalte dieser Funktionen sind bestimmt mit 6000 Fr. für den Präsidenten, mit 3000 Fr. für den Vizepräsidenten, mit 6000 Fr. für den Sekretär, mit 4500 Fr. für dessen Stellvertreter und mit 3000 Fr. für den Kassier.

Wir lassen hier eine statistische Zusammenstellung der Ausgaben und der Einnahmen in den letzten Jahren folgen:

Table with columns for years (1886-1896) and categories: Monatsbeiträge, für Mitgliederkarten, Streikfonds, Diverse, Ausgaben, Verwaltungskosten. Includes sub-totals for each year and a grand total.

In dringenden Fällen kann das Exekutivkomitee Uebertragungen von einem Titel des Vermögens auf den anderen vornehmen, die aber, wie die Statutenverhältnisse es gestatten, wieder ausgeglichen werden müssen.

In den ersten Jahren seines Bestandes gründete der damalige Verbandspräsident Wilhelm Silvio mehrere Produktivgenossenschaften, die auch sehr gut gingen.

In politischer Beziehung bestimmen die Verbandsstatuten, daß obgleich der Verband als solcher einer bestehenden politischen Partei sich nicht anschließen solle, so sei es doch Pflicht der Organisation, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Gesetzgeber Gesetze machen, wodurch die Arbeitszeit verkürzt, die Frauen- und Kinderarbeit geregelt, wie auch die Arbeitszeit der Lehrlinge, die Konkurrenz der Gefängnisarbeit abgeschafft und die Institution der Schiedsrichter eingeführt wird.

Soweit der Bericht des „Reveil des Monteurs“, den er ohne jeden Kommentar abdruckt. Wenn wir einen solchen machen sollten, so höchstens den, daß wir in Europa unter ganz anderen Verhältnissen uns entwickelt haben, um es den Amerikanern nachmachen zu können.

In die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvereinsvorstände hat die Generalkommission beschlossen, daß der 2. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands

am Montag, den 4. Mai 1896, in Berlin stattfindet.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorsehen:

- 1) Erlebigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.)
2) Rechenschaftsbericht der Generalkommission und Berathung der Anträge betreffend:
a. Agitation; b. Lohnstatistik und Arbeitslosenstatistik; c. Streikunterstützung und Streikstatistik; d. „Korrespondenzblatt“.
3) Die Arbeitslosenunterstützung.
4) Die Arbeitsvermittlung als gewerkschaftliche und kommunale Einrichtung.
5) Berathung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Alle Anträge, welche auf die Tagesordnung kommen sollen oder auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 1. März 1896 an die Generalkommission einzusenden.

Sämmtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der Kongress wird am 4. Mai 1896, Morgens 9 Uhr, eröffnet werden und dürfte voraussichtlich 4 bis 5 Tage dauern.

Die Wahlen der Delegirten werden nach den untenstehenden von dem ersten Gewerkschaftskongress gegebenen Bestimmungen von den Zentralvereinsvorständen ausgeschreiben werden.

Das Lokal, in welchem der Kongress stattfindet, sowie die näheren Bestimmungen über die Anmeldeung der Delegirten usw. werden rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien, Hamburg, B.-B.-N., Wilhelmstr. 8,1.

Die Delegation zu den Gewerkschaftskongressen.

Ueber die Einberufung der Gewerkschaftskongresse, sowie über die Delegation zu denselben, beschloß der erste Kongress der deutschen Gewerkschaften Folgendes:

1) Die Einberufung des nächsten Kongresses bleibt der Generalkommission unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvorstände überlassen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn zwei Dritttheile der Zentralvereinsvorstände dieses beantragen.

2) Zentralorganisationen bis zu 1500 Mitgliedern entsenden zum Kongress einen Delegirten, größere Organisationen auf jede weiteren 1500 Mitglieder ebenfalls einen Delegirten.

3) Lokalorganisirte Arbeiter in den Landestheilen, in welchen die gesetzlichen Bestimmungen die Errichtung von Zahlstellen der Zentralverbände nicht zulassen, können sich auf dem Kongress nach demselben Wahlmodus vertreten lassen, sofern für den betreffenden Beruf ein Zentralverband nicht besteht, ein Anschluß als Einzelmitglieder also unmöglich war. Orte, in denen nicht 1500 der in Frage kommenden Arbeiter organisiert sind, haben sich mit anderen Orten zu gemeinsamer Wahl in Verbindung zu setzen.

Nach diesen Bestimmungen würden zu dem Kongress ausschließlich die Zentralorganisationen Delegirte zu entsenden haben, denn die unter 3 genannte Bestimmung wird kaum zur Anwendung kommen, da lokalorganisirte Arbeiter, welche unter diesen Bedingungen zur Wahl

von Delegirten berechtigt wären, nur in ganz geringer Zahl vorhanden sind. Die Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in diesen Landestheilen gehört als Einzelmitglieder den Zentralverbänden an. Daß aber die lokalorganisirten Arbeiter, welche trotz Bestehens eines Zentralverbandes und der Möglichkeit des Anschlusses an denselben ihre Sonderorganisation aufrecht erhalten, nicht zum Kongress zugelassen werden sollen, geht aus den getroffenen Bestimmungen deutlich hervor. Der erste Gewerkschaftskongress hat sich eingehend mit der Organisationsform beschäftigt und dahin entschieden, daß die Gewerkschaften sich zentralisiren sollen. Wenn trotz der Beschlüsse auf Berufskongressen die zentralisirte Organisationsform zu wählen, ein Theil der Berufsgenossen die Lokalorganisation aufrecht erhält, damit zum Krieg unter den organisierten Arbeitern Veranlassung gibt und die ohnehin schwache Organisation noch mehr zu schwächen nicht, so hat sich ein Gewerkschaftskongress, der eine Vereinigung der Zentralorganisationen ist, keine Veranlassung, Delegirte dieser lokalorganisirten Arbeiter anzuerkennen.

Vor allen Dingen dürfte aber auf dem ersten Gewerkschaftskongress so viel über lokale und zentrale Organisation gesprochen sein, daß eine Wiederholung dieser Debatten mehr als überflüssig erscheint. Die Frage der Organisationsform ist für diejenigen, welche auf dem ersten Gewerkschaftskongress Beschlüsse gefaßt haben, erledigt, und hat der nächste Gewerkschaftskongress wichtigere Aufgaben, als nochmals auf einen so überflüssigen Streit einzugehen. Der Kongress wird also Delegirte lokalorganisierter Arbeiter der Berufe, für welche Zentralorganisationen bestehen, nicht anerkennen.

Dagegen ist die Frage offen, ob Delegirte der Lokalorganisierter, die nicht prinzipiell, sondern mit Rücksicht auf die Eigenthümlichkeiten des Gewerbes die Lokalorganisation mit Vertrauensmännersystem aufrecht erhalten, vom Kongress anerkannt werden. Es kommen hier die Organisationen der Gastwirthschaftsgehilfen, der Handlungsgehilfen und der Handelskassensarbeiter in Frage.

Die Generalkommission schlägt vor, die Delegirten dieser Organisationen auf dem Kongress anzuerkennen und ersucht diejenigen Gewerkschaften, welche diesem Vorschlag nicht zustimmen, dies möglichst bald bekannt zu geben. Sollten Einwendungen nicht gemacht werden, so nehmen wir an, daß unser Vorschlag allseitig angenommen ist. Zur Begründung unseres Vorschlages wollen wir nur anführen, daß wir die Organisationsform anzuerkennen haben, die ein Kongress eines Berufes beschließt, und daß wir nur entschieden diejenigen zu bekämpfen haben, die entgegen diesen Beschlüssen handeln und dadurch Zwiespalt in die Reihen der organisierten Arbeiter tragen. Nach den Verhandlungen auf den Kongressen der genannten Organisationen ist nicht zu erwarten, daß deren Delegirte Veranlassung zu einer Debatte über die Organisationsform geben werden.

Ebenso halten wir es auch für zweckmäßig, wenn sämmtliche Zentralorganisationen, ohne Rücksicht darauf, ob sie die Beiträge an die Generalkommission bezahlt haben oder nicht, auf diesem Kongress vertreten sind. Werden doch gerade die Delegirten der Organisationen, welche beschlossen haben, keine Beiträge an die Generalkommission zu bezahlen, die Gründe für diese Stellungnahme und damit auch die Gründe gegen das Institut der Generalkommission selbst, vorzubringen haben. Wir halten es deshalb für dringend nöthig, daß diese Organisationen vertreten sind und ersuchen wir die Zentralvorstände, zu veranlassen, daß die Organisationen sich auch über diesen Vorschlag äußern.

Jedenfalls ist es angebracht, im lehrteren Punkte die Grenze nicht zu scharf zu ziehen, da es nothwendig ist, daß auf diesem Kongress die Meinungen über die in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen ausgetauscht werden und daß an diesem Meinungsaustausch alle zentralisirten Organisationen theilnehmen. Voranschließlich werden gegen diese von uns gemachten Vorschläge keine Einwendungen kommen und somit auf dem zweiten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands sämmtliche Zentralverbände und auch die Berufe, in denen durch Vertrauensmänner zentralisirte Organisationen bestehen, vertreten sein.

Die Generalkommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Den Protokollbestellern blene zur Nachricht, daß die Protokolle der 2. Generalversammlung vollständig vorgeriffen sind und daß somit die Bestellungen nur langsam erledigt werden können. Alle eingegangenen Bestellungen sind vorgemerkt und werden der Reihenfolge (nach dem Datum des Eingangs) mit etwaigen Remittenden erledigt werden.

Gleichzeitig ersuchen wir diejenigen, welche noch unverkaufte Protokolle in Besitz haben und sie wahrscheinlich in nächster Zeit doch nicht abgeben, dieselben umgehend nach hier einzusenden.

Ebenso wollen diejenigen, die Protokolle bezogen haben, möglichst bald über dieselben abrechnen, damit nicht, wie beim letzten Male durch die verzögerten Abrechnungen dem Verband Verluste erwachsen.

Nach § 14 Abs. 2 des Statuts ist die Ortsverwaltung im Monat Dezember zu erneuern und ersuchen wir daher die Ortsverwaltungen, die Versammlungen so zeitig anzubereiten, daß die Ernennung der Ortsverwaltungen bis zum Jahreschluss längstens vollzogen sein können.

Die Durchsicht der Abrechnungen des 3. Quartals ergibt, daß sehr viele Ortsverwaltungen jezt noch 33 Proc. statt der statutarischen 25 Prozent verrechnen. Das ist natürlich unzulässig und ersuchen wir, die statutarischen Bestimmungen besser zu beachten und dafür zu sorgen, daß zu Ausgaben für drückliche Zwecke keinesfalls mehr als der vierte Theil der Beiträge ausgegeben und verrechnet wird.

Sobald ersuchen wir mit den alten Beitrags-, Reserfonds- und Delegirtenmarken baldmöglichst, spätestens aber mit der Abrechnung vom 4. Quartal abzurechnen und die nicht verkauften Marken zurückzusenden. Gegen diejenigen, die bis zu diesem Ende nicht abgerechnet haben, wird unmissichtlich durch sofortige Revision vorgegangen werden.

Folgende Mitgliedsbücher sind unguiltig und aufzuhalten:

- Nr. 66032 des Schloßers Alban Bohn, geb. zu Grambach am 19. Sept. 1875.
45487 des Schloßers Josef Platt, geb. zu Mallersdorf am 6. August 1877.
109935 des Formers Johann Richter, geb. zu Bohna a. d. Spree am 2. Juni 1862.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Adenauerstraße 160,1,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vercinmahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkassa pro November 1895.

Table with columns for location and amount: Einnahme: Kassendeband Ende Oktober 7139,01. Von Altenburg 300. Altona: Alg. 200, Schmiebe 6,94. Rue 53, C. M. 10. Barmen 30. Baugen 0,75. Berlin: R. 400. Bernburg 30. Bochum 85,77. Brandenburg 200. Braunschweig 150. Bremen 120. Breslau: Alg. 120, Zeugschmeide 11,65. Buzlau 20. Chemnitz 240. Detmold 41,80. Dinklage 25. Dissen-Rothensfelde 21,75. Dortmund, Klempner 26,54. Döbeln 60,35. Dresden-N. 125. Durlach 100. Elmshorn 50. Emmendingen 27,55. Feuerbach 87. Finsterwalde 50. Flensburg 70. Frankfurt a. M. 200. Fürstentfeldbruck 25. Fürth, Schläger 243,10. Gabling 80. Gera 20. Gießen, J. L. 10. Glauchau 68,05. Grotzsch 300. Grotzsch 22. Gröningen 40. Güstrow 61,40. Hagsfeld 50. Halle a. d. S. Former 47,04. Hannover: Alg. 130, Klempner 100. Heidelberg 50. Helmstedt 30. Herford 70,65.

Hersfeld 25,60. Hohenstein-Frußthal 15. Landau 36,78. Beer l. Ostfriesland 60. Leipzig 200. Ost 168,89. West 200. Lemgo 48,70. Limbach 80. Linden b. Hannover 185,50. Söbhu 50. Löhnd 80,50. Sudwighafen 41,92. Wladenburg, Felienshauer 49,04. Wndau 180. Neustadt 50. Wihelmsstadt 80. Wlathow 5. Wnndheim 250. Wrelben 70. Wremutigen 80. Wühlhaufrn i. Thür. 88,84. Wünchen: Felienshauer 82,80. Siebmaier 41,22. Spengler 100. Stunglöhler 84,30. Medarau 6,08. Stehm a/Muhr 30. Neumühlen 65,85. Neumünster 150. Nürnberg: Fläschner 130. Forner 100. Mechaniker 150. Metallschläger 77,80. Roth- u. Glockenlehner 200. Schloffer 685. Oberursel 155. Offenbach a. M. 300. Offenburg 25. Drahtenburg 82,80. Osnabrück, W. St. 10. Pentig 60. Pungsthal 20. Pünneberg 10. Piraisens 50. Preeh 23,70. Prenzlau 50. Pries 250. Radeberg 60. Radeberg S. D. 5. Rathenow: Wg. 25. Brilen- und Wincenej- arbeiter 100. Einschlaffer 87. Reutlingen 80. Rixdorf 80. Rühort 16. Sangerhausen 20. Sebaltsbrück 45. Siegen 30. Schäudig, G. S. 5. Schmalkalden 22. Schlingling-Doss, J. S. 10. Schwelm 36. Schwein 8. Steitin-J. 60. Varel 40. Wegesack 82,45. Welbert 29,05. Verden 29,80. Weiskan 100. Weimar 22. Welsenfels 40. Wilhelmshaven-Want 322. Wismar 50. Würzburg 40. Einzelmitglieder der Hauptkasse 310. Hauptkasse: für Ersatzlicher 1,80. Kleinfeldbacher 1,80. Protokolle der 1. orb. General-Vers. 2. Deagl. der 2. orb. Gen.-Vers. 01. Buchgedachte Schuld von H. S. Wabensburg 10. Sonstige Einnahmen 6,95. Für Streiks: Von Augsburg 1,00. Berlin-Ost 40,25. Detmold 1,20. Freiburg i. Schlef. 12,50. Linden b. Hannover 9,50. Magdeburg 7,40. Wühlhausen i. Thür. 3,50. Nürnberg, Fläschner 15,65. Preeh 1,80. Schmidt 18. Steitin-Genr. 14,80. Weimar 5. Wismar 7,20. Summa M 17 818,87.

Ausgabe: Zuschüsse nach: Cöln M 100. Erfurt 100. Landsberg a/Warthe 80. Linde, Felienshauer 40. Magdeburg 200. Metallarbeiter-Zeitung 4950. Druckarbeiten 196,50. Buchbinderarbeiten 50,80. Gehalt der Bureaubeamten 450. Hilfsarbeit 240. Manufaktur der Kassiers 10. Streikunterstützung an die Metallarbeiter in Gent (Belgien), bezgl. an die Sattler und Tapezter Deutschlands 300. Beitrag an die General-Kommission 5000. Rechtsausg 150. Agitation 226,15. Revision 7,80. Revision der Hauptkasse 450. Beitrag zur Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung 10,88. Bureaureinigung 18. Porto laut Buch 91,43. Sonstige Ausgaben 88. Ca. M 18 180,61.

Bilance: Einnahme M 17 818,87, Ausgabe „ 18 180,61. Kassenbestand M 4 881,76.

Die Verwaltungsbeamten werden hierdurch dringend ersucht, vorstehende Abrechnung zu prüfen und über etwaige Fehler sofort zu berichten.

Der Vorstand.

Korrespondenzen. Forner.

Augsburg. Wegen Mafregelung mehrerer Kollegen bei der Firma N e n l ist Sitzung nach hier fernzuhalten. — In der Generalversammlung wurde Munter als Bevollm., Engelmann als Kassierer, Puhl als Schriftführer, Kaluz und Kalle als Revisoren gewählt.

Wismar'scher Grund. Ein erheblicher Mifstand im Fornergewerbe besteht darin, daß den Formern für die Ausschubarbeiten ohne Ausnahme nichts bezahlt wird. Der Mifstand ist so alt und so gewohnheitsmäßig geworden, weil leider die Forner noch nie energisch Front dagegen gemacht haben. Wohl muß man bei Stückarbeit den Grundfag anerkennen, daß unbrauchbare Arbeit, wenn die Unbrauchbarkeit auf das Verschulden des Arbeiters zu sehen ist, nicht bezahlt wird, aber das ist eben gerade bei der Fornerel der springende Punkt: wo beginnt das Verschulden des Arbeiters? Tausenderlei Gründe, die vollständig unabhängig von dem Willen des Formers sind, können dazu führen, daß das gegoffene Stück „Auswurf“ wird. Sobald also der Grundfag „für Ausschubarbeit keinen Lohn“ nach der Schablone gehandhabt wird, führt das dazu, daß der Arbeiter in 99 von 100 Fällen die Mifkorate des Unternehmers tragen, unschuldig bluten muß. Früher existierte der Brauch auch schon, aber da waren die Löhne der Forner wenigstens noch so, daß sie eine so erhaltene Schwarte wieder ausweihen konnten. Heute bedeutet „Auswurf machen“ den Hungerriemen noch fester schnüren. — Die Sächsische Gußstahl-Fabrik in Döhln konnten wir schon so oft erwähnen, daß es die Leser sicher nicht wundern dürfte, sie auch jetzt unter den Firmen zu finden, wo der oben genannte Mifstand besteht. Drei Forner arbeiten in Kompagnie an einem größeren Stück. Im Weifeln des Fornermeisters

wurde das Stück zum Wlegen zusammengelegt. Der Fornermeister hatte an dieser Arbeit auch nichts auszufehen. Nach dem Guß erwies sich aber doch das Stück als Ausschuf. Den Arbeitern wurde wie immer Schuld gegeben und der gesammte Vorkurspreis von 80 M abgezogen. Die drei Arbeiter zogen vor, der Gußstahl-Fabrik den Mifstand zu wenden. In einem andern Falle begnügte man sich nicht einmal, den Arbeitern keinen Lohn für den Ausschuf zu zahlen, man zog ihnen außerdem noch Strafe ab. Der Fall war folgender: Zwei Arbeiter machten Rollen a Stück für 85 M. Da war ihnen nun bei einlegen das Mifgeschick passiert, daß die Bohrung einige Millimeter aus der Mitte gerathen war. Bei dem Preis von 85 M pro Stück muß ein Arbeiter sehr fleißig arbeiten, um einen einlugermaßen ertragsreichen Lohn zu erzielen und ist es deshalb erklärlich, daß bei dem Fernersehen hin und wieder mal einer nicht ganz ins Zentrum geräth. Statt sich aber mit Nichtbezahlung der unbrauchbaren Stücke zu begnügen, wurde jedem Arbeiter 60 M pro Stück abgezogen, und zwar dem einen 6, dem andern 7 Stück, ist 3 M bezw. 8,50 M. Auf diese Weise hat das Geschäft ganz direkt Profit von dem Ausschuf der Arbeiter, diesen aber verursacht das Fehlen eines vollen Tagelohns den empfindlichsten Schaden. Nicht an sonstigen Strafen fehlt es nicht. Ein Arbeiter wurde wegen „schlechter Arbeit“ mit einer Wark bestraft. Er fand das lächerlich und erhielt wegen dieses subordinationwidrigen Empfindens noch eine Wark Strafe. Bei solchen Zuständen erübrigt sich, fast hinzuzusetzen, daß auch die Aussicht nicht zu wünschen übrig läßt. Besonders der Gußpoker Sobu sucht sich durch Aufstärkung jedes kleinsten Fehlers eine Stufe in den Himmel zu bauen. — Mögen die Arbeiter sorgen, daß diese Mifstände baldigst beseitigt werden.

Metall-Worker.

Avoida. Trodem in einer der letzten Nummern der Met.-Arb. Bzg. erklärt wurde, daß wir von hier aus Schritte, die sich auf die Konferenz beziehen, nicht mehr unternehmen werden, lassen immer noch Schreiben, die Konferenz betr., ein, so aus Wobha, Nordhausen, Erfurt zc. Die beiden ersten Orte sind dafür, Erfurt dagegen, jedoch will letzterer Ort die Agitation in Thüringen finanziell unterstützen. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurden die Schreiben verlesen und nochmals die Abhaltung einer Konferenz besprochen. Alle Redner waren für Abhaltung einer Konferenz unter der Bedingung, daß alle Filialen Thüringens dort vertreten seien. Ein in diesem Sinne lautender Antrag wurde einstimmig angenommen. Von einigen Mitgliedern wurde noch betont: Sollten wir durch die Veröffentlichung dieses Berichtes wiederum angegriffen werden, so soll uns das gleichgültig sein, wir haben schon manche Wark für Agitation aus unserer Lokalkasse geopfert und in Zukunft wird es auch trotz aller Anpassungen so bleiben. Da sich jetzt die Zahl der gemeldeten Zahlstellen auf 8 beläuft (2 sind dagegen), so ersuchen wir alle Filialen, ob für oder gegen eine Konferenz, sich innerhalb 8 Tagen nach Veröffentlichung dieses Berichtes bei H. Leber, Apolda, Andreasstr. 24, zu melden. Hauptsächlich wurde noch betont, daß größere Filialen eine ziemlich starke Lokalkasse besitzen, und es wäre kein Fehler, wenn sie den kleinen Filialen finanziell (Agitation betr.), unter die Arme griffen; aber das kann doch nur geschehen, wenn die Delegierten der Filialen Thüringens einmal zusammenkommen und eine Regelung herbeiführen.

Barndred. Mitgliederversammlung des D. M.-A. am 18. Nov. Den Kartellbericht erstattete Kollege Hochhausen, er sprach über die Regultivänderung des Gewerkschaftskartells. Derselbe stellte nach längeren Ausführungen folgende Anfrage: Wie stellen sich die Kollegen zur Erhöhung der Beiträge? Hieran knüpfte sich eine lebhafte Debatte. Kollege Junge stellte den Antrag: Den Beitrag pro Quartal und Mitglied um 5 M zu erhöhen. Fiedler beantragt, es so zu belassen, wie es bis dato gewesen, mit dem Bemerkten, daß bei größeren Streiks die Hamburger Gewerkschaften die Gelder stets durch Sammellisten aufgebracht hätten, und dadurch die Indifferenten mit herangezogen würden. Der Antrag Fiedler wurde angenommen. Kollege Hochhausen berichtet noch, daß im Kartell bei wichtigen Entscheidungen jeder Delegierte das Recht hätte, eine Urabstimmung der Gewerkschaften zu beantragen. Hierzu stellte Kollege Junge den Antrag: „Zur Vornahme einer Urabstimmung müssen 5 Personen des Kartells den Antrag stellen“ und begründet dasselbe. Derselbe stimmt der Versammlung zu. Zum 3. Punkt, Arbeitsnachweis, berichtet die Kommission, daß die Regelung desselben mit den Hamburger Klempern gescheitert sei, da diese es abgelehnt hätten, mit uns in Unterhandlung zu treten. Die Versammlung beschließt, dasselbe dem Gewerkschaftskartell vorzulegen. 4. Punkt: Kombiniertes

Sommervergütigen. Dieses wurde von der Versammlung abgelehnt und gleichgültig beschlossen, ein Wintervergütigen abzuhalten. Die Kollegen Biehl und Kruse wurden mit der Lokalkasse beauftragt. Zum 5. Punkt verliest Kollege Wühl die Abrechnung. Einnahme M 185,82, Ausgabe M 129,11, bleibt Kassenbestand M 125,1.

Berlin-Moabit. Eine Mitgliederversammlung der Filiale Moabit des D. M.-A. tagte am 19. November im Moabiter Clubhaus, Weuffelstr. 9, in welcher Genosse Adolf Hoffmann über das beifällig aufgenommene Thema: „Glaub und Verneunft“ referirte. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Unter Verbandsangelegenheiten beschloß die Versammlung, 7 weitere Zahlstellen in Moabit zu eröffnen und werden daselbst an Sonnabenden und Sonntag Vormittags von Vertrauensleuten Ausnahmen vorzulegen und Beiträge entgegenzunehmen. Die Verwaltung wurde beauftragt, eine Vorstellung (Experimentalvortrag), in der „Iranla“ anzufangen.

Berlin. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der am 26. November bei Fey, Brunnenstraße, eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung aller Verwaltungsstellen Berlins und Umgegend abhielt, beschäftigte sich mit dem Thema: „Wie stellen wir uns in Zukunft zu den Vertrauensleuten der Metallarbeiter Berlins?“ Einleitend führte Berger die auf den Kongressen und Generalversammlungen zu Weimar, Frankfurt a. M., Halberstadt und Altenburg gefassten Beschlüsse an, um nachzuweisen, daß der Berliner Verband diese, sowie auch die abgegebenen Erklärungen der Berliner Delegierten nicht beachtet habe. Alle bisherigen Einigungsversuche seien gescheitert und auf das Verhalten der Vertrauensmänner zurückzuführen. Die in der letzten Vertrauensmännerversammlung gemachten Vorschläge wären nach den augenblicklichen Verhältnissen werthlos und undurchführbar. Redner empfahl dann eine vom Vorstand vorgeschlagene Resolution, welche folgendermaßen lautet: „Die heutige Versammlung der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes von Berlin und Umgegend erklärt, nur solchen Vorschlägen zustimmen zu können, die geeignet sind, eine formelle Vereinigung der hiesigen Lokalorganisation mit dem D. M.-A. im Sinne des von den Berliner Delegierten auf dem Metallarbeiter-Kongress zu Frankfurt a. M. gegebenen Versprechens herbeizuführen. Bezüglich der Agitation hat der D. M.-A. vorläufig kein Interesse an der Aenderung des bestehenden Zustandes, da sich die bisherige Art gut bewährt hat. Ein Zusammenarbeiten bei Streiks mit Hilfe des Vertrauensmannes der Berliner Metallarbeiter ist wünschenswerth, jedoch undurchführbar, so lange der Vertrauensmann nicht unparteilich, sondern ein ausgesprochener Gegner des D. M.-A. ist. Aus diesen Gründen kann die Versammlung keinem der in der öffentlichen Werksattvertrauensmännerversammlung vom 10. November gestellten Anträge zustimmen, da diese nicht geeignet sind eine Aenderung der bisherigen Verhältnisse herbeizuführen.“ Die Kollegen Wolf, Schick, Pirz und Bange stimmten der eingeleiteten Resolution zu, das Verhalten des Lokalverbandes und speziell der öffentlichen Vertrauensleute scharf geißelnd. Stöhr (Lokalorganisirt) und öffentlicher Vertrauensmann für Berlin-Nord) gab einen Ueberblick über die Entstehung des Instituts der Vertrauensleute und erklärte, daß diese nicht parteilich gehandelt hätten. Wenn das trotzdem in der letzten Zeit geschehen sein sollte, so liege die Schuld lediglich an den Mitgliedern des D. M.-A., die sich an die Beschlüsse der öffentlichen Versammlungen nicht gehalten und Geldsammlungen sowie Agitationsversammlungen eigenmächtig, ohne die Vertrauensleute in Kenntniß zu setzen, vorgenommen hätten. Redner warnte vor der Annahme der gestellten Resolution, da deren Inhalt nicht zum Wohle der arbeitenden Klasse diene. In längeren Ausführungen begegnete der Auffassung Stöhr's die Kollegen Hoffmann und Klapp. Nachdem die Redezeit auf 5 Minuten beschränkt, tritt König für die Resolution ein mit der Aenderung, daß ein Zusammenarbeiten bei Streiks wünschenswerth sei.“ Gezerowsky, Gluck und Kurgas treten für die Resolution im ersten Wortlaut ein und wird, da auf Antrag Schluß der Debatte erfolgt, bei der Abstimmung die Resolution mit allen gegen eine Stimme angenommen. In Folge dieses Ergebnisses der Abstimmung verließen die drei anwesenden Vertrauensleute, die zu dieser Versammlung besonders eingeladen gewesen waren, den Saal, obwohl man sie zum Bleiben aufgefordert hatte, da auch der 2. Punkt der Tagesordnung: „Der Streik bei Welles“, auf sie Bezug hätte. Dieser Punkt fand denn durch die einstimmige Annahme einer Resolution seine Erledigung, die im Wesentlichen besagt: „Die Mitglieder des D. M.-A. erachten es im Interesse der Organisation für ihre moralische Pflicht, die in Folge des Welles'schen Streiks noch ausgesperrten Arbeiterinnen möglichst bis zur anderweitigen Arbeitsgelegenheit zu unterstützen und so das

Verprechen des Vertrauensmannes der Metallarbeiter einzuhalten, durch welches die Arbeiterinnen erst zur Theilnahme am Streik bewegt wurden. Die Mitglieder bestimmen daher, daß die von ihnen und durch sie gesammelten Gelder zu dem Zweck, zu dem sie gesammelt, verwendet werden, und beauftragen den Bevollmächtigten, dieselben zur Unterfützung der noch ausgesperrten Arbeiterinnen zu verwenden.“ — Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Dortmund. Die Versammlung unserer Zahlstelle am 24. November war gut besucht. In derselben hielt an Stelle des am Erscheinen verhinderten Kollegen Gärner, Genosse W. Behrman einen Vortrag über: „Sozialpolitische Bestrebungen der evangelischen und katholischen Arbeitervereine.“ Referent führte aus, wie diese Vereine, zuerst von Wöpin aus hauptsächlich kirchlich-religiösen Zwecken ins Leben gerufen, nach und nach durch die ökonomische Entwicklung gezwungen waren, einige sozialpolitische Bestrebungen aufzunehmen. Die wirtschaftlichen Interessen stehen aber größtentheils im Hintergrunde, da in diesen Vereinen seitens des Zentrums und Liberalismus der religiöse Standpunkt auf die Spitze getrieben, und sie meist unter geistlicher Aufsicht stehen. Auch werden sie in hervorragender Weise benutzt als sog. Bollwerk gegen die aufklärerischen Ideen der Sozialdemokratie. Redner kritisirte nunmehr in scharfer Weise die sog. sozialpolitischen Bestrebungen dieser konfessionellen Arbeitervereine, welche zumest bestehen in Unterfützungen bei Krankheits- und Sterbefällen, Aufrechterhaltung der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, Schaffung von Arbeiter zc. Besonders scharf geißelte Referent das Prinzip des Sparens als geradezu reaktionär und forberte zum Schluß auf, nur den organisirten Gewerkschaften beizutreten, da sie allein die Interessen der Arbeiter zu wahren bestrebt sind. Welcher Beifall lohnte dem Redner. Die Diskussion war lebhaft und wurde ein Vortrag über „Arbeiterwohnungen“ baldigst gewünscht. Zum 3. Punkt gab der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal an und wurden für dieselbe provisorische Revisoren für die nicht erschienenen gewählt. Für eine öffentliche Versammlung waren bis jetzt noch keine Referenten zu haben; die Versammlung soll jedoch so bald wie möglich stattfinden. Bei der Besprechung des Kränkens wurde beschlossen, dasselbe allein zu feiern, entgegen einem Antrag, es mit den Gesangsvereinen gemeinsam zu arrangiren. Hierbei folgte eine erregte Auseinandersetzung (wie schon oft), zwischen Verbands- und Gesangsvereinsmitgliedern.

Essen, 20. Nov. Öffentliche Metallarbeiterversammlung. Auf gestern Abend war nach dem Kräg'schen Saale eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter einberufen, in welcher Herr Heinrich Mohrhard aus Berlin über die Entwicklung der Metallindustrie und ihren Einfluß auf die Lage der Arbeiter sprach. Redner führte aus, daß die Produktionsweise nicht immer dieselbe gewesen sei, sie habe sich aus einer kommunikativen zu einer feubalistischen, manufakturellen und schließlich zur kapitalistischen entwickelt. Er führte im Weiteren die Grundzüge der genannten Produktionsweisen an. Hiermit sei auch stets eine Aenderung der politischen Verhältnisse eingetreten. Durch die Eisenbahnen, die Dampfmaschine und die Maschinen im Allgemeinen mußte auch für die Kapitalisten eine andere Form der Produktionsweise gefunden werden, und diese entstand durch Aktiengesellschaften, Kartelle, Minge, Syndikate u. s. w., auch einzelne Personen gelangten in den Besitz großer Kapitalien, wodurch sie in die Lage gesetzt wurden, billig zu liefern und zwar mußten diese Vereinigungen selbstverständlich ihren Vortheil auf andere Weise herauschlagen und zwar durch niedrige Besoldung der Arbeiter. Redner verwies auf das Sparsystem der Eisenbahnen, die Bahnsteigsperre u. a. m. Es sei ein Irrthum, wenn man glaube, daß z. B. durch Erhöhung der Petroleum-, Kohlen-, Beders-, Spirituspreise dem Arbeiter auch ein höherer Lohn gezahlt werde. Im Gegentheil, einzelne Kapitalmächte suchen vielmehr den denkbar höchsten Gewinn durch ihre Vereinigung herauszuschlagen. Das aber alle diese Aenderungen in der Produktionsweise mit den politischen Verhältnissen zusammenhängen, beweisen die Jahre 1840, 1848, 1867, 1872 und nunmehr ist seit dem Jahre 1880 wieder eine ganz besondere Krisis eingetreten. Wie steht es aber mit der Lage der Metallarbeiter? Ist dieselbe besser oder schlechter als die der anderen Arbeiter? Man kann dies nur nach den allgemeinen Verhältnissen beantworten, wofür bis jetzt auch kein rechter Anhalt besteht. Wir haben allerdings eine Berufs- und Gewerbebegabung, die jedoch gar keine genaue Auskunft gibt. Wie viel verdienen aber die Arbeiter im Durchschnitt? Nach einem national-liberalen Nationalökonomischen Schätzungsweise durchschnittlich 750 M. Derselbe berechnet, daß eine Familie aus Mann, Weib

und 2 Kindern lediglich für Lebensmittel 800 Mk jährlich braucht. Wie lange arbeitet aber ein Arbeiter im Jahr? Ferner rechnet die Regierung selbst für einen Soldaten 1 Mk pro Tag, also für vier weit über 1000 Mk, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß der Staat Kasernen, Kleidung und Lebensmittel billiger hat als der Arbeiter. Ferner ist festgestellt, daß wir in Deutschland in der Metallindustrie 41 800 weibliche und 40 500 jugendliche Arbeiter haben, die natürlich noch billiger arbeiten. Wir wollen nicht, daß die Frauen von der Arbeit ausgeschlossen werden, aber sie sollen daselbst verdienen. Nebenher führt noch bekannte Beispiele aus Sachsen-Altenburg, Naumburg u. s. w. an, wo die Arbeiterinnen unter 12 Mk die Woche verdienen, welchen Verdienst ein Staatsanwalt in Berlin bei einer Verhandlung wegen Diebstahls als Hungerlohn bezeichnete. Wie sind nun aber diese traurigen Zustände zu beseitigen? Nicht auf politische, sondern unter heillosen Verhältnissen auf gewerkschaftlichen Wege, der Organisation, wodurch die Metallarbeiter allein in der Lage sind, etwas zu erreichen, und zwar müssen wir zunächst die achtstündige Arbeitszeit und bessere Lohnverhältnisse erkämpfen. Nebenher tabelt noch die Anzahl der Kollegen und fordert zum Beitritt in den Metallarbeiterverband auf. Nachdem in der darauf folgenden Diskussion zwei Redner noch einige einbringliche Worte an die Versammlung gerichtet und besonders aufgefordert hatten, recht eifrig in den Werkstätten von Mund zu Mund zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Hannover. Am 28. November fand im „Nordischen Hof“ eine vom Hirsch-Dünder'schen Gewerbeverein einberufene öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Gründung eines Gewerbevereins der Schlosser und Maschinenbauer. Die zahlreich erschienenen Kollegen waren gespannt auf das Referat des Paronkapostels. Doch wurden sie bitter enttäuscht, denn wer geglaubt hatte, einen sachlichen Vortrag über den Zweck und Nutzen der H. D. G. W. zu hören, der war im Irrtum. Der eigens von Rendsburg anwesende Referent beschränkte sich nach einer ca. drei Minuten dauernden Ansprache, in der er gleichsam als Entschuldigung anführte, daß er kein Redner sei, darauf, daß er die Statuten der H. D. G. W. theilweise vorlas, worauf die Mitglieder 10 Mk Beitrag pro Woche zahlten und keine Sozialdemokraten sein dürften. Auch die Mitgliedsfrage berührte er, bemerkend, daß die Mitglieder, wenn sie gemahregelt würden, denselben beitreten. Im Uebrigen blühten sich die Anwesenden aus den ausgelegten Flugblättern den Nutzen herauslesen. Nachdem er aufgefordert, hier einen Gewerbeverein zu gründen, war seine Weisheit zu Ende und entspann sich nun eine Diskussion, durch die den Einwürfen die Sache wohl leid geworden sein wird. Kollege Schlegel führte in einer ca. einstuündigen Rede aus, was die H. D. G. W. sind und was sie „geleistet“ haben. Die Mitglieder bezahlten nicht 10 Mk Beitrag, wie es im Statut heißt, sondern mit allen Nebenleistungen wöchentlich rund 87 Mk. Doch wofür diese Beiträge (10 Mk) entrichtet werden, wissen die Gewerbevereiner selbst nicht, die Beamten heimlich den Börsenanteile ein; die Bibliothek, für die auch ein paar Groschen ausgeworfen wird, ist geeignet, die Mitglieder noch mehr zu verbummen. Die alten Mitglieder wollen bloß deshalb nicht austreten, weil sie bis jetzt ihr schweres Geld eingezahlt haben und nun auch die wenigen Vorteile daraus ziehen möchten, die ihnen zustehen. Obgleich der Verein seit 1868 besteht, hat er doch im Verhältnis zum D. M. W., der erst wenige Jahre besteht, sehr wenig gethan. Nebenher weist an Zahlen nach, was der D. M. W. bei den Streiks in Göttingen, Hildesheim, Berlin u. s. w., ferner an Reiseunterstützung, Rechtschutz und Unterstützung in Nothfällen Erhebliches geleistet. Eine eigene Meinung könne man bei dem Gewerbeverein nicht, sondern was der Vorstand verlangt, muß strikte befolgt werden, das beweist die Auflösung des Ortsverbandes in Düsseldorf. Wie die H. D. für die Interessen der Arbeiter einzutreten, beweist auch ihre Bekämpfung der städtischen Arbeitsnachweise. Nachdem er noch klar gelegt, daß in einer Gewerkschaft es überhaupt nicht auf die politische Gesinnung ankommen könne, sondern nur darauf, ob derselbe (das Mitglied) bestrebt sei, bessere Lebensbedingungen mit zu erkämpfen, weist er nach, daß gerade die H. D. es sind, welche uns den Kampf erschweren, indem sie uns, wie die Fischer-Klepper aus dem Hinterhalte, bei Streiks in den Rücken fallen, wie in Göttingen, wo sie dem Arbeitsnachweis in Berlin nach dort abgeschoben wurden. Er gab dem Referenten noch die gute Mahnung auf den Weg, sich von seinem Harmoniebüsel zu befreien, und wenn er unsere Versammlungen besuchte und besser sprechen könnte, würde er noch ein brauchbares Mitglied in unseren Reihen werden. Des Weiteren stellt er die Frage, ob der Mensch nur lebt, um zu arbeiten oder umgekehrt, und wenn das Letztere der

Fall wäre, möchten sie Mann für Mann dem D. M. W. beitreten, der allein befreit ist, die Lage der Arbeiter zu verbessern, das allein im Stande ist, die Mitglieder moralisch und stilsch zu heben. Herr Steidel wundert sich über den Begriff, den sich die H. D. von der Hirsch-Dünder'schen Gewerkschaft machen. Wenn der Einberufer selbst nicht einmal mit den Prinzipien des Gewerbevereins vertraut ist, wie können da die Leute herkommen und uns zur Gründung eines solchen Vereins auffordern? Er führt dann den großen Bergarbeiterstreik von 72 an, der unter dem Protektorat des Herrn Hirsch inszeniert war und an dem 8000 Arbeiter theilhaftig waren. Als dieselben nahe daran waren, denselben zu gewinnen, verduftete Herr Hirsch und überließ die Arbeiter ihrem Schicksal. Mit welchen Mitteln Herr Hirsch ferner agitiert, beweist der Berliner Maurerstreik von 1878. Die Streikbrecher, die sich beim H. D. Arbeitsnachweis meldeten, erhielten eine Bescheinigung, daß sie Arbeit erhalten können, auf der anderen Seite derselben war aber eine Eintrittserklärung zum Verein, die dieselben unterschreiben mußten. Wenn es in ihrem Statut heißt: „Nachschuß in Folge Mahregelung“, so sei dieses eine leere Phrase, weil Niemand von ihnen gemahregelt wird, da sie doch stets die lieben Kinder ihrer Arbeitgeber sind. Die weiteren Redner äußerten sich in demselben Sinne. Von Kollege G. wird noch konstatirt, daß überall da, wo die Hirsch-Dünder'schen dominieren, die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Auf alle diese tief einschneidenden sachlichen Ausführungen wußte der Referent nichts zu erwidern. Nur der Einberufer meinte, der Verein wäre doch ganz gut und „drohte“ damit, daß er bald wieder eine Versammlung einberufen und einen „Berliner Referenten“ kommen lassen werde, der uns den Standpunkt besser klar machen werde. Nachdem noch folgende Resolution: „Die heute im „Nordischen Hof“ tagende Versammlung beschließt, da kein Bedürfnis vorhanden ist, einen Gewerbeverein zu gründen, Abstand von demselben zu nehmen, sie erkennt vielmehr im D. M. W. die beste Vertretung der Metallarbeiter am Orte und verpflichtet sich, Mann für Mann in denselben einzutreten“ gegen drei Stimmen angenommen wurde, erfolgte Schluß der Versammlung. — An dieser Stelle sei gleichgültig auf die am 14. Dezember stattfindende Mitglieder-Versammlung aufmerksam gemacht. Es wäre wünschenswert, daß auch nicht ein Mann fehlt, da eine hochwichtige Tagesordnung vorliegt.

Hannover. Auch in unserer Vaterstadt findet man eine wahrhaft schöne Verhandlung von Seiten der Unternehmer; hierzu für zwei Beispiele: Die Kollegen erinnern sich noch des Artikels über die Zustände der Richard'schen Schiffswerft in einer der letzten Nummern unseres Verbandsorgans. Als Kollege Paul Madise in der Mitglieder-Versammlung die Zustände genannter Werft schilderte und auch Herrn Richardt auf diese Ungehörigkeiten aufmerksam machte, war für ihn die Stunde gekommen. Da man ihm aber auch nicht gleich den Stuhl vor die Thüre setzen wollte, so wußte man ihn doch das Leben so sauer zu machen, daß er gerne von selbst ging. Ein zweites Beispiel, wie das Unternehmertum die gesetzliche Sonntagsruhe zu würdigen weiß, zeigt folgender Fall: Die Gesellschaft „Eisen- und Hartgüßwerk Concordia“ verlangt von einem ihrer Arbeiter, nachdem er des Sonntags von Morgens 7 Uhr bis Abends 5 Uhr gearbeitet hat, weiter zu arbeiten, wenn er aber nicht wolle, so brauche er am Montag auch nicht wieder anzufangen. Der Kollege aber glaubte, nach einer 10stündigen Arbeitszeit am Sonntage, wobei er die ganze Zeit bis über die Knöchel im Wasser zu stehen hatte, wohl seine Schuldigkeit gethan zu haben und weigerte sich. Die Folge war sofortige Entlassung. Hier sei nebenbei noch bemerkt, daß die Sonntagsarbeit weder bei der Polizei angemeldet noch ein Nothbedürfnis vorhanden war. Obwohl das Wort „Concordia“ Eintracht bedeutet, scheint doch diese Gesellschaft darauf bedacht zu sein, die „Concordia“ in eine „Discordia“ (die Zwietracht) zu verwandeln. Trodem sind die Kollegen noch immer nicht zu bewegen, sich dem D. M. W. anzuschließen. Die Worte: „Einigkeit ist eine Macht“, seien den Metallarbeitern von Sameln ganz besonders zuzuerufen.

Hildesheim. 21. Nov. Die Hirsch-Dünder'schen Gewerbevereine von Köln und Umgegend hielten am 20. November bei Firmen eine Versammlung ab, in welcher der Generalsekretär des Gewerbevereins der Maschinenbauer, Herr R. Mauch, über die Frage: Welche Art der Organisation ist die beste? sprach. Dieses Thema, führte der Redner aus, setzt voraus, daß eine Organisation bestehen muß. Wir haben uns als Arbeiter zusammenschließen, um uns als Vereinigung die Anerkennung zu erringen, die man uns als Einzelnem versagt. Wer heute die Macht hat, hat auch das Recht, und heute wird der Arbeiter nicht geachtet als gleichberechtigter Bürger, wenn er nicht

füßt, mit Hilfe der ihm gesetzlich zustehenden Rechte seine Interessen zu wahren. Nebenher gibt nunmehr eine Darstellung der Gründung der verschiedenen Gewerkschaften in Deutschland. Die von Schweizer und Frölsche gegründeten Gewerkschaften wollten die Arbeitermassen zur Bekämpfung des Kapitals organisieren. Dr. Max Hirsch und Dunder, die Gründer der Gewerbevereine, wollten das nicht, da auch ohne Bekämpfung des Kapitals Erfolge zu erringen seien, indem man sich durch das Kapital gebrachten Vorteile auch dem Arbeiter zugänglich zu machen. Welches hätten sich diese beiden Organisationen seit ihrer Gründung stets bekämpft. Nebenher wirft dann einen Rückblick auf die Bestrebungen der Hünste und Gesellen-Organisationen. In dem Unterscheidungsweisen der Letztern sieht er eine Hauptaufgabe der Arbeiterorganisationen; er bespricht die Bewegung der Chartisten, die ja wohl recht vernünftige Forderungen aufstellten, aber doch Dinge verlangten, die zu sehr außerhalb des wirtschaftlichen Lebens lagen. An der offenen Revolte ging die Bewegung zu Grunde, die Gesellschaft wollte sich nicht von einer einzelnen Klasse terrorisieren lassen. Soweit die sozialdemokratischen Gewerkschaften in wirtschaftlichen Fragen vorgingen, stimmten die Gewerbevereine in vielen Dingen mit ihnen überein. Den sozialistischen Führern seien die Gewerkschaften aber ein Dorn im Auge, wie nach dem Redner der Kölner Parteitag bewiesen habe. Nebenher hält die achtstündige Arbeitszeit zwar für wünschenswert, deren Einführung durch Gesetz aber nicht für erstrebenswert. Für Streiks kann er sich nicht erwärmen, weil manchmal durch ein gutes Wort bedeutend mehr erreicht werde. Eine Auseinandersetzung über die Leistungen des Gewerbevereins der Maschinenbauer bildet den Schluß des Vortrags. — Nach einer Pause von 10 Minuten eröffnete der Vorsitzende die Diskussion mit der Bemerkung, die Redezeit für die folgenden Redner sei auf 10 Minuten festgesetzt. Deinhardt erklärt, er spreche als Gegner des Referenten, und da selber die Redezeit beschränkt sei, so wolle er in erster Linie Herrn Mauch gegen den Herrn Mauch reden lassen. Derselbe habe gesagt, die deutschen Gewerbevereine seien von Dr. Hirsch nach vorhergegangenem Studium der englischen Trade-Unions gegründet und würden im Sinne derselben geleitet. Sujo Brentano habe bestritten, daß Dr. Max Hirsch die Trade-Unions vor der Gründung der deutschen Gewerbevereine gekannt habe. Dr. Max Hirsch habe diese Bemerkung Jahre lang unwidersprochen gelassen. Die Thätigkeit der deutschen Gewerbevereine stehe aber auch ganz im Gegensatz zu der der englischen. Man brauche, um dies einzusehen, bloß die letzten fünf Jahre der englischen Bewegung mit ihren gewaltigen Lohnkämpfen, den großen Bergarbeiter-Streiks und dem Streik der Spinnereiarbeiter, gegen die Jahrzehnte lange Thätigkeit der deutschen Gewerbevereine zu halten. Die Trade-Unions stehen nicht auf dem Standpunkte, in Harmonie mit den Unternehmern zu unterhandeln. Sie suchen ihre Interessen mit Kraft zu verteidigen und scheuen auch den Streik nicht. Allerdings ist der Streik das letzte Kampfmittel; das beweist aber nur, wie notwendig eine Organisation vor dem Streik und für ihn ist. Die Hünste und Gesellenorganisationen waren zum Krieg führen bestimmt und nicht, wie der Referent sagte, nur zum Untersuchen und Pflegen der Harmonie. Der Arbeiter soll sich selbst Alles schaffen, ist das Schlagwort des Referenten, und doch verweist er selbst auf das Koalitionsrecht und den Arbeiterschutz, die beide durch die Gesetzgebung geschaffen wurden. Herr Mauch läßt die Chartistenbewegung durch Tumult und Revolten zu Grunde gehen. Ja, wer hat denn die Revolten hervorgerufen? Die Chartisten nicht, es waren Hungerevolten, gemacht von unorganisirten Arbeitern. — Hirsch'scher betont gleichfalls, daß Herr Mauch sich in eine Reihe von Widersprüchen verwickelt habe. Eins hat mich geradezu empört und sollte in einer Arbeiter-Versammlung nicht vorkommen. Der Referent sagte bezüglich der zu zahlenden Reiseunterstützung, wenn der Arbeiter in einem Jahre 750 Kilometer gereist sei, könne er auch wieder Sehnsucht nach Arbeit empfinden. Welcher Arbeiter überhaupt gibt denn seine Arbeit auf, wenn er eine feste Stelle hat? Die arbeitslosen Kollegen gehen nicht zu ihren Bergnügen Monate lang arbeitslos umher; dergleichen Behauptungen gehören in Bourgeois-Versammlungen. Der Referent sagte mit Recht: Wer die Macht hat, hat das Recht. Die Macht ist heute in den Händen der herrschenden Klasse, da hilft keine „Harmonie“. Gegen diese Macht gilt es, den Kampf zu führen. Auf allen Gebieten wird heute dieser Kampf geführt. Die Bourgeoisie nimmt alle Rechte für sich in Anspruch und wälzt alle Lasten auf die Arbeiter ab. Die heutige Produktionsweise drückt den Preis der Produkte herab und der Arbeiter trägt

die Last. Hiergegen hat den Kampf mit all seinen Konsequenzen nur die Sozialdemokratie aufgenommen. In den Gewerbevereinen ist das nicht möglich. Die Unternehmer schließen sich in großen Verbänden zusammen und fragen nichts nach politischer oder religiöser Zugehörigkeit ihrer Mitglieder; sie suchen nur ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren. Die Gewerbevereine dagegen schließen Leute einer bestimmten politischen Richtung aus. Jede Organisation, die so handelt, möge sie sich christlich, katholisch oder gewerkschaftlerisch nennen, handelt bewußt oder unbewußt im Interesse des Unternehmertums. Wir haben den Arbeitern zu zeigen, wie sich die Entwicklung abspielt, und haben auf die Ursachen der fortwährend im Gesellschaftskörper vor sich gehenden Veränderungen aufmerksam zu machen. Das können und thun die Gewerbevereine nicht, darum schließen sie sich den freien Gewerkschaften an. — Nach einer kurzen Erwiderung des Referenten, der sich gegen verschiedene Vorwürfe verwehrte, spricht Hirsch, der darauf hinweist, daß heute der Zentripunkt des politischen und wirtschaftlichen Lebens in den gesetzgebenden Körperschaften liege. Hier herrsche die Bourgeoisie, und wollen die Arbeiter etwas Positives erreichen, so müssen sie ihre Kraft ebenfalls hier einbringen. Hirsch'scher wendet sich gleichfalls zu dem Kapitel der Selbsthilfe. Wenn man sage, die gesetzliche Festsetzung des achtstündigen Arbeitstages sei eine Beschränkung der persönlichen Freiheit, so wolle er konstatieren, daß die Arbeiter sich eine solche Beschränkung gerne gefallen lassen. Er rügt ferner die Sonderbestimmungen der Gewerbevereine und erinnert daran, daß diese bei den verschiedensten Gelegenheiten (Göttingen, Schmalen) den kämpfenden Arbeitern in den Rücken gefallen sind. Daß man die Gewerbevereine übrigens auf Seiten der Unternehmer nicht fürchte, ja sie vielfach sogar protegiere, werde schon dadurch bewiesen, daß sie in diesem Sinne tagten. Den freien Gewerkschaften sei das nicht möglich. — Hirsch'scher wendet sich an die anwesenden Sozialdemokraten, die Gewerbevereine nicht in dem Maße zu bekämpfen, wie es geschehe. Er sei der Ansicht, daß Alles, was von Arbeitern im Interesse der Arbeiter gethan werde, der Arbeiterschaft im Allgemeinen nütze. — Deinhardt wendet sich gegen die mehrfach gebrauchte Bezeichnung: Sozialdemokratische Gewerkschaften. Es gibt keine sozialdemokratische Gewerkschaften. Unsere Gewerkschaften sind freie Gewerkschaften und stehen auf dem Boden des Klassenkampfes. Nebenher bespricht die Vorgänge bei den Streiks in Göttingen und Schmalen und verurteilt das dort von den Gewerbevereinlern betätigte Vorgehen. Ist es schon sträflich, kämpfenden Arbeitern nicht zu helfen, so ist es doppelt sträflich, ihnen in den Rücken zu fallen. — Mauch bestritt, daß die geschilderten Vorgänge sich so abgepielt haben, wie sie seitens der Vorredner dargestellt worden seien. Auch die Gewerbevereine zahlten den Mitgliedern keine Reiseunterstützung, die nach einem Orte hinwollten, wo Arbeiter im Streik stehen. — Vorher war mit sehr zweifelhafter Majorität ein Schlußantrag angenommen worden und so wurde die interessante verlaufene Versammlung nunmehr geschlossen.

Köln. Am 10. November fand im Soziale des Herrn J. Imhoff eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Das Referat hatte Rothe'sche Gassen übernommen. Das Thema lautete: „Die Lage der rheinisch-westfälischen Metallarbeiter.“ Nebenher schilderte zunächst die Entwicklung der rheinisch-westfälischen Metallindustrie seit dem Jahre 1862, wo Deutschland noch keine selbständige Industrie hatte, wie z. B. England. Damals waren in Rheinland-Westfalen 9845 Dampfmaschinen in Betrieb. Diese Zahl stieg im Jahre 1893 auf 215 000. In demselben Maße stieg die Kohlenförderung, ohne welche die Metallindustrie nicht existieren kann, von 190000 Tonnen im Jahre 1852, auf 88 600 000 Tonnen im Jahre 1893. Die Walzwerkproduktion stieg in den letzten 15 Jahren um das 4- bis 5fache. Die deutsche Industrie ist heute der englischen mindestens ebenbürtig geworden. Augenblicklich haben wir in Rheinland-Westfalen eine flotte Zeit, und diese Zeit sollten die Arbeiter für sich auszunutzen suchen. Den Unternehmern sei es unmöglich, das richtige Maß der Produktion einzuhalten, ein Jeder produziere lustig darauf los und wolle so viel als möglich verdienen. Die Folge dieser anarchischen Produktionsweise sei, daß die Warenlager überfüllt und die Arbeiter in Masse wieder entlassen würden. Sodann kam Redner auf die Unternehmer-schuldnisse, die Kartelle, Ringe, Trusts u. s. w. zu sprechen. Insbesondere unterzog er das rhein.-westf. Kohlen Syndikat einer eingehenden Kritik. Dieses sei ein Beispiel für die übrigen Gewerke geworden. Ein rhein.-westf. Walzwerkverband sei im Entstehen begriffen, und ein Verband der Maschinenfabriken würde folgen u. s. w. Sogar

die Wölfe vereinigen sich in Heften der Noth und rollen sich in Rubeln zusammen und überleben Menschen und Thiere, um ihren Hunger zu stillen, weil der einzelne machtlos ist. Hieraus sollen die Arbeiter lernen, daß auch sie einzeln machtlos gegenüber dem Unternehmertum sind und sollten sich ebenfalls in gewerkschaftlichen Verbänden organisieren, um gegen die traurigen Zustände, welche thatsächlich in Rheinland-Westfalen existieren, ganz energisch Front zu machen. Neben geistliche besonders die schwarzen Pfaffen, Maßregelungen usw., wodurch die Arbeiter thatsächlich dem Hungertode geweiht würden. Manche würden geradezu wie Thiere behandelt und kein Staat, keine Behörde kümmere sich um sie. Der Staat, welcher doch das größte Interesse an der Wehrkraft seines Volkes haben sollte, helfe sich dadurch selbst ruinieren, denn es würde gar nicht mehr so lange dauern, und wir hätten hier dieselben Zustände wie in Oberschlesien, wo man die nötige Anzahl Arbeiter nicht mehr zusammenbringen. Und wenn solche Zustände eintreten, dann könne man sagen: „Wo du stolzes, deutsches Volk.“ Wieder sehe eine Unmasse von Arbeitern dieser drohenden Gefahr vollständig gleichgültig gegenüber, die Wehrkraft glaube, wenn sie alle fünf Jahre ihre Stimme bei der Reichstagswahl einem Sozialdemokraten geben hätten, so wäre das vollständig genügend. Sogar sehe eine ganze Anzahl sonst tüchtiger Genossen ihrer Gewerkschaft noch ferne. Dieses müsse aufhören. Die politische Bewegung allein habe keinen Zweck, wenn sie nicht durch die Gewerkschaften das nötige Rückgrat erhalte. Denn gerade die Gewerkschaften sind einst dazu berufen, nach dem Zusammenbruch der heutigen Gesellschaft, die Produktion wieder in Fluß zu bringen und überhaupt die Stellung der Produktion in die Hand zu nehmen und hieran gebrauchen sie geschulte Kräfte. Neben ist der festen Ueberzeugung, daß wenn dieser Zeitpunkt eintritt, die englischen Arbeiter viel leichter mit der Regelung der Produktion fertig würden, als die deutschen, obgleich Deutschland in politischer Beziehung an der Spitze der ganzen Kulturwelt stehe. Im gegebenen Augenblick würden wir vollständig ratlos dastehen, wohingegen es in England nur einer Untertausche bedürfte, weil eben dort eine gute gewerkschaftliche Organisation vorhanden sei. — Neben schloß mit einem warmen Appell an die Anwesenden, sich unverzüglich dem Deutschen Metallarbeiter-Verein anzuschließen und immer neue Mitglieder zu werben, damit der Verband auch in der Lage sei, die Ziele, die er sich vorgesetzt, zu erreichen. Wähten sich speziell die Kölnener Arbeiter ebenso zahlreich ihrer Gewerkschaft anschließen, wie sie sich am Karneval beteiligten, so würden die Unternehmern schon Respekt vor ihnen haben. (Unhaltender Beifall.) — Die Vetheiligung an der Diskussion war in Umkehrzeit der vorgerückten Zeit spärlich. Trotzdem, daß die Streifen von den Plakaten meistens abgerissen waren, war die Versammlung doch noch gut besucht.

Magdeburg, 2. Dez. Eine Zusammenkunft der Vorstandsmitglieder sämtlicher hiesiger Filialen des D. M. V. wurde heute als Versammlung betrachtet. Es wurde die Bescheinigung verlangt und da eine solche natürlich nicht vorhanden war, erfolgte eine Lösung! Wieder eine That des neuesten, des Rotationskurzes.

Offenbach a. M. In der am 18. November im Saale zur „Stadt Heilberg“ stattgefundenen Mitglieder-Versammlung der hiesigen Filiale des Deutschen Metallarbeiter-Vereins hielt Genosse G. Gräf aus Frankfurt a. M. einen interessanten Vortrag über „Heinrich Heine und seine Dichtungen“. Der Redner führte aus, daß der Arbeiter nach des Tages Last und Mühen wohl wenig Zeit habe, sich um die deutschen Klassiker zu kümmern. Hätte er aber doch über einige Mußestunden zu verfügen, dann solle er sich's nicht entgehen lassen, die Werke der deutschen Dichter zu studieren und unter diesen sei Heinrich Heine unstrittig der Vorrang zu lassen, da er ein Dichter ist's Volk gewesen sei, mit welchem stets sein ganzes Denken und Fühlen innig verwachsen gewesen sei. Nach einer kurzen Biographie Heine's kam der Redner auf die Dichtungen des Dichters selbst zu sprechen. Er bewertete, daß von Heine die Gedichte Heine's als solche ohne Vermaß bezeichnet würden. Das Schöne ist, daß er stets den Ernst des Lebens mit dem Angenehmen, dem Humoristischem zu verbinden wußte. Besonders hervorzuheben seien seine Dichtungen, in denen er die Frauen besingt, und fände Heine in dieser Beziehung noch weit höher als der Mine- und Weiserfänger des Mittelalters Walter von der Vogelweibe. Doch das ganze Feuer seines Geistes kam zum Durchbruch in dem politischen Theil seiner Dichtungen, in welchen er gegen die verschiedenen Regierungen, die Religion und selbst gegen gekrönte Häupter loszog. Der Redner erwähnte hierbei „Die Heinebilder“,

welche H. Heine nach seiner Dargreise herausgab. „Den Religionsstreit in Aule in Spanien“ und plüerte dann noch die Gedichte „Lobgesang auf König Ludwig von Bayern“, „Die Weber“, „Die Schatzlegende“, „Ein Wintermärchen“ und „Die Wanderratten“, welche Heine's besonders auf die Zeitgenossen sehr gut angewandt werden könnte. Noch auf dem Krankenbette konnte der Dichter der preussischen Polizei, die ihm arg mißgefiel, nicht verzeihen und vermachte ihr in seinem Testament alle seine Feinden und Bekannten. Der Redner schloß seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag mit dem Hinweis, daß wenn auch die bürgerliche Reaktion, ja sogar die Vaterstadt Heine's, Düsseldorf, sich weigert, dem Dichter ein Denkmal zu setzen, er dieses sich selbst im schäbsten Maße im Herzen der deutschen Arbeiter errichtet habe, denen er noch jetzt durch seine Gedichte ein Ansporn in ihrem Kampfe ist. — Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt waren, wurde die Feier nicht zu stark besuchte Versammlung geschlossen. — Die Versammlungen finden alle 14 Tage statt, und werden dort Neu- und Entlassungen entgegengenommen, sowie auch bei Fr. Hornung, Restauration zum „Storch“.

Stettin. Eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung wurde am 24. November im Schützenhause zu Bredow abgehalten. Nachdem das Bureau aus den Kollegen Graben, Schwimann und Schmidt gewählt war, erhielt der Referent, Kollege Fr. Hoffmann aus Berlin, das Wort zu seinem Vortrag: „Die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter und deren Organisationsbestrebungen.“ Redner schilderte die schlechte Lage der Arbeiterschaft Deutschlands. Die Stenerstatistik gebe ein klares Bild über die Verarmung des deutschen Volkes durch die heutige Produktionsweise; durch die Entwicklung der modernen Technik und der Maschinen wird die Reserve-Armee der Arbeitslosen von Tag zu Tag vergrößert. Die Armut ist ein Nationalunglück geworden. 1885 waren schon einhalb Millionen Personen gezwungen, die öffentliche Armenpflege in Anspruch zu nehmen mit einem Kostenaufwand von 9246000 M. Der Konsum des Fleisches ist zurückgegangen, aber der des Werdesselches hat zugenommen, die Sterblichkeitsziffer ist in den Reihen des Proletariats bedeutend gestiegen. Dies ist Alles ein Beweis der Degeneration der Arbeiterstandes. Die Lage der Metallarbeiter ist durchaus nicht besser, wie die aller anderen Arbeiter, denn auch in der Metallindustrie hat die Zahl der beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter, also der billigen Arbeitskräfte, bedeutend zugenommen. Die Dividenden der Aktiengesellschaften sind bedeutend gestiegen, aber die Löhne der Arbeiter zurückgegangen. Ueberall in den Fabriken besteht der Salsbetrieb; wenn die Zeit herankommt, werden die Arbeiter angenommen; ist die Arbeit vollendet, so werden sie wieder auf die Straße geworfen. Darum ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, sich zu organisieren, um eine Macht zu bilden, um seine Lage zu verbessern, nicht aber noch mehr zu verschlechtern. Wir müssen dem Kapital die Bühne zeigen und dafür sorgen, daß der Staat für die Arbeiter sorgt und nicht unseren Organisationen entgegentritt. Die deutschen Metallarbeiter waren früher unter dem Vertrauensmann M. Segel in Branchenorganisationen verbunden, haben sich aber 1891 zu einem Industrie-Verband über ganz Deutschland zusammengeschlossen, und ist durch diesen Verband schon recht Sprichwörtliches geschaffen worden. Hoffentlich werden auf dem nächsten internationalen Arbeiter-Kongress zu London auch die englischen Arbeiter und Gewerkschaften eine einheitliche Marschroute erhalten. Die Kapitalisten organisieren sich zu Aktiengesellschaften, diese zu Kartellen und nachdem kommt die Verwaltung der Gesellschaft durch die Gesellschaft. Redner schloß seinen höchst interessanten Vortrag mit der Aufforderung, Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verein beizutreten, dann werden auch für die „Vollaner“ Kollegen bessere Zustände kommen. Folgender Antrag und Resolution fand einstimmige Annahme. 1. Die heute im Bredower Schützenhause tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erkläre die Nothwendigkeit der Gründung einer Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Vereins und beauftragt das Bureau, dies in aller nächster Zeit zu bewirken. 2. Die heutige öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt nach Anhören der Gründe für die Gründung einer Verwaltungsstelle die Errichtung derselben. Die Kollegen Schulz, Gossow, Demke und H. Schmidt fordern zum Beitritt in den Verband der Deutschen Metallarbeiter auf. Nach dem Schlusswort des Referenten, wobei er an den Schlußruf Karl Marx' „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ anknüpfte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die zentralisierten Arbeiter geschlossen. — Es ließen sich sogleich 20 Mitglieder aufzeichnen.

Willingen. Da die Schramberger Kollegen vom Holz- und Metallarbeiter-Verband nun zum zweiten Male die Todtengräber bei der Agitationskommission der Uhrindustriearbeiter des Schwarzwaldes gemacht haben, sind die Basistellen der genannten Verbände in Willingen zu dem Entschluß gekommen, behufs besserer Agitation auf dem Schwarzwalde ein spezielles Flugblatt für die Uhrindustriearbeiter herauszugeben und zu verbreiten. Es werden deshalb die Basistellen beider Verbände in Schramberg, Trüberg, Furtwangen, Wöhrenbach, Schweningen und Mühlheim a. D. ersucht, dem Unterzeichneten das nötige Material von ihren Orten zur Verfügung zu stellen. Hauptächlich sollen in Betreff des Arbeitsverhältnisses, der Arbeitszeit, der Akkordpreise, der Frauen- und Kinderarbeit, sowie der Arbeitslosenstatistik gewissenhafte Angaben gemacht werden, um eine genaue Uebersicht der Arbeitsverhältnisse in den Uhrfabriken des badisch-württembergischen Schwarzwaldes zu erhalten. Diese Angaben sollen mit der Mittheilung, wie viele Flugblätter für die einzelnen Orte gewünscht werden, längstens im Laufe des Dezembers an den Unterzeichneten eingesandt werden, und wird dann mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beabsichtigt Kostenloser Lieferung der Flugblätter in Unterhandlung getreten werden. Ich ersuche um die Kollegen des Schwarzwaldes, hilfreiche Hand bieten zu wollen, um den Indifferentismus auf dem Schwarzwalde in Solidaritätsgefühl umzuwandeln.
Friedr. Burger, Schützer.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Hamburg, D. M. a. M. Section der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer. Mitglieder-Versammlung am 10. November bei Hülmer, Gänsemarkt 85. Nachdem das Protokoll der letzten Mitglieder-Versammlung verlesen und genehmigt wurde, da der Referent zum 1. Punkt der Tagesordnung noch nicht erschienen war, über unser Sommervergnügen verhandelt und beschlossen, von einem gemeinschaftlichen Vergnügen abzugehen und ein Sektionsvergnügen abzuhalten. Mit den hierzu nötigen Schritten wurde die Ortsverwaltung beauftragt. Der 3. Punkt der Tagesordnung war erledigt, indem sich zwei Kollegen als Zeitungskolportäre freiwillig gemeldet hatten. Hierauf berichtete Kollege Häber ausführlich über die letzten Verhandlungen des Gewerkschaftskartells. In der sich hieran knüpfenden Debatte sprachen sich sämtliche Kollegen gegen den Antrag der Federarbeiter, Erhöhung der Beiträge von 5 auf 10 M pro Mitglied und Quartals, aus, und wurde der Delegirte beauftragt, die Meinung der Mitglieder im Kartell diesbezüglich zu vertreten. Kollege Brand nahm hierauf Veranlassung, das von einigen Gewerkschaften gezeigte Verhalten betreffs der Waisener scharf zu tabeln und sprach sich dahin aus, daß den von den Vertretern der sämtlichen organisierten Arbeiter mit großer Majorität gefassten Beschlüssen unbedingt Geltung verschafft werden müsse. Hierauf erhielt der inzwischen angekommene Referent Genosse Grünwaldt das Wort zu seinem Vortrag: „Sind die Gewerkschaften eine Zukunft?“ Derselbe warf zunächst einen kurzen Blick auf die Entstehung und seitherige Entwicklung unserer heutigen Gewerkschaftsbewegung, wie treffend nach, daß wie von den Hirsch-Dunder'schen Harmonie-Aposteln gepredigt, von Harmonie zwischen Kapital und Arbeiter überhaupt nicht die Rede sein könne, sondern daß die Arbeiter nur durch festen Zusammenhalt mit ihren Berufskollegen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen können. Im Weiteren betont Redner, daß sowohl die gewerkschaftliche, als politische Organisation eine Nothwendigkeit seien und daß sich die gewerkschaftliche an die politische anschließen müsse und daß diejenigen, welche heute behaupten, daß sich die Gewerkschaften überlebt haben, unsere heutige wirtschaftliche Lage überhaupt noch nicht begriffen haben. Redner wies durch Beispiele nach, daß gerade die Gewerkschaften in Zukunft noch segensreich und nutzbringend für die Arbeiter wirken müßten. Nach einer kräftigen Aufforderung an die Anwesenden, tren und setz zur Organisation zu halten, schloß der Referent seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. Beim 5. Punkt der Tagesordnung „Unser Arbeitsnachweis“ geisterte Kollege Brand in scharfen Worten das Bureau der hiesigen Eisenindustrie an Italienkamp, welches in verschiedenen Städten Deutschlands Metallarbeiter sucht, während Hamburger Familienväter hungrig auf der Straße liegen müßten. Da jedoch nicht alle Arbeitgeber den vorerwähnten Arbeitsnachweis kennen, wurde beschlossen, unseren Arbeitsnachweis in den hiesigen Zeitungen bekannt zu geben und Zirkulare an die Arbeitgeber zu verschicken. Im Weiteren wurde jeder Kollege verpflichtet, sich bei Arbeitslosigkeit in unserem Arbeitsnachweis einzutragen zu lassen. Den Bericht der örtlichen Verwaltung erstattete Kollege Brand. Der-

selbe machte noch auf das am 30. November bei Tübingen stattfindende gemeinschaftliche Wintervergnügen aufmerksam und ersuchte die Kollegen, sich möglichst an demselben zu beteiligen. Zum Festkomitee für dasselbe wurden die Kollegen Schneider und Böge gewählt. Kollege Häber und der Bevollmächtigte vorbereiten die Werkstättenbesichtigung auf, sich am 22. November bei Hülmer einzufinden. Nach einem kurzen Appell an die Mitglieder, unentgeltlich für unseren Metallarbeiter-Verband einzutreten, erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

Worms. Wegen Maßregelung des Bevollmächtigten haben in der Wollfabrik von Saquod 16 Schlosser die Arbeit niedergelegt. Die Kollegen werden wissen, was sie in diesem Falle zu thun haben. Bericht folgt. — Die vorläufige Adresse des Bevollmächtigten ist: Konrad Stelz, Former, Friedhofstr. 2.

An die Basistellen von Hessen, Hessen-Nassau, Frankfurt a. M. und Aschaffenburg.

Die Anfragen betreffs einer Bezirkskonferenz, welche von verschiedenen Basistellen an mich gerichtet wurden, veranlassen mich, bei den Basistellen des Bezirks anzufragen, ob sie damit einverstanden sind, daß im Laufe des 1. Quartals 1898 eine Konferenz, die laut Beschluß der Wiesener Konferenz in Mühlheim a. M. abgehalten werden soll, einberufen wird.

Mit kollegialem Gruß
J. M. Ludwig Pongow,
Offenbach a. M.

Vermischtes.

Die Hirsch-Dunder'schen beim Handelsminister. In bürgerlichen Zeitungen lesen wir: „Der Handelsminister Fehr. v. Werle sch empfing am 28. November im Beisein des Unterstaatssekretärs Lohmann eine Deputation des Centralraths des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder), die aus dem Verbandsvorstand Dr. M. Hirsch und den Centralrathmitgliedern H. Ramin (Maschinenbauer), M. Schulz (Klempner), U. Winter (Schuhmacher) und S. Sauff (Kaufmann) bestand. Als Sprecher der Deputation begründete Dr. M. Hirsch eingehend den dringenden Wunsch der Gesamtorganisation, daß endlich das seit fünf Jahren immer von neuem beantragte Gesetz, betreffend die eingetragenen Berufsvereine, wodurch auch die Gewerkschaften staatliche Anerkennung und Schutz ihrer Einrichtungen und ihres Vermögens erlangen würden, von der preussischen Regierung gefördert werden möge. Der Minister selbst habe in der letzten Reichstagsession erklärt, daß der kaiserliche Erlaß vom 4. Febr. 1890 bezüglich der Arbeitervereine noch nicht ausgeführt worden sei, und als einzigen Grund der Verzögerung die Besorgnis bezeichnet, daß durch das verheißene Gesetz die Machtmittel der sozialdemokratischen Agitation vergrößert werden würden. Nach der Uebersetzung der 70 000 Gewerkschaftler treffe aber das gerade Gegentheil zu; nicht die Gewähr, sondern die Verweigerung der Rechtsfähigkeit für die Arbeitervereine, während diese bei Vereinigungen der Besitzenden und Arbeitgeber längst mit vollen Händen ertheilt worden sei, werde die große Masse der Arbeiter mehr und mehr der extremen Partei zutreiben. Zu den wahrhaft staatserkaltenden Elementen gehörten die deutschen Gewerkschaften, die seit 27 Jahren reformatorisch für die materielle und ideale Verbesserung der Arbeiterlage eintraten; dafür verlangten sie nicht Vortheile und Privilegien, wohl aber Gleichberechtigung, und sie rechneten bei diesem Streben auf die thätigste Unterstützung des Ministers. In seiner Erwiderung erklärte sich Minister v. Werle für mit der eifrigsten Begründung des Sprechers (was ist denn unter der „ethischen Begründung“ des Herrn Dr. Hirsch zu verstehen?) sofort einverstanden, richtete aber einige Fragen an die Deputation, inwiefern die Vermögensfähigkeit für die Gewerkschaften erforderlich sei und ob nicht hierin durch behördliche Verleihung der Korporationsrechte geholfen werden könnte? Nachdem diese Fragen von den Deputirten Winter, Ramin und Hirsch dahin beantwortet worden, daß die deutschen Gewerkschaften aus den Arbeiterbeiträgen Vermögensbestände von Hunderttausenden angehäuft haben, deren nutzbringende Verwendung ohne das beantragte Gesetz äußerst beschränkt, ja deren Sicherheit, wie die Erfahrung bewiesen, im höchsten Grade gefährdet sei, und daß andererseits Versuche zur Erlangung der Korporationsrechte gescheitert seien, befandete der Minister in längeren Ausführungen sein persönliches Einverständnis auch in diesem Hauptpunkte und überhaupt sein Wohlwollen für den vorgetragenen wichtigen Antrag. Die Deputirten schienen sehr befriedigt durch die sympathische, durchaus zustimmende Aussprache des Ministers.“ — Eine merklich unpassende Zeit haben sich Hirsch und Ge-

wollen angeschlossen, um der Degeneration sich als wahrhaft staatsverhaltende Elemente vorzuhalten und das Wohlwollen des Ministers u. Verlesch einzubringen.

Gerichts-Zeitung.

Nach wie vor „unfug“ es weiter. Dem Redakteur der „Wacht“ ist wegen einer Notiz in Nr. 44, der letzten, in welcher Notizen über Verhaftungen gemacht wurden, eine Anklage wegen Verleumdung „groben Unfugs“ zugegangen. Auch der Redakteur der „Graphischen Presse“ soll in der Strafe nicht kosten lassen. Die „Graph. Presse“ schreibt dazu: „Seit 1800, seit dem Bestehen der Gewerbeordnung und des Koalitionsrechts, sind Tausende solcher Warnungen in allen Arbeiterblättern erschienen, ohne daß ein Staatsanwalt hier förmlich eingegriffen und diesen Warnungen das Merkmal des großen Unfugs aufgedrückt hätte. Der ganze § 153 der Gewerbeordnung ist nur noch eine Strafe, wenn es den Arbeitern nicht gestattet ist, die Mittel in Anwendung zu bringen, welche ihnen erst die Durchdringung ihrer Forderungen ermöglicht.“

Während in Schluß und Altwasser die Staatsanwaltschaft „groben Unfug“ in der Warnung vor Bezug erblickt, ist das Schöffengericht in Halle a. S. gegenheiliger Ansicht. Es hat den Genossen Franz Lehmann von der Anklage, durch Veröffentlichung des Bezuges „Zug ferngehalten“ bei Streiknachrichten im „Volkblatt“ groben Unfug verübt zu haben, freigesprochen. Genosse Lehmann, der sich selbst verteidigte, wendete ein, es müsse doch nachgewiesen werden, worin der grobe Unfug liege, bezw. wer belästigt worden sei. In den Worten „Zug ferngehalten“ selbst könne doch unmöglich ein grober Unfug liegen. Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht auf Freisprechung mit der Begründung, daß in den inkriminierten Worten noch kein Boykott enthalten und nur dieser nach dem Reichsgesetzverkenntnis als „grober Unfug“ zu ahnden ist.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. D. Dieck Verlag) ist neben das 10. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: Doktor Eisenhart. — Eine sozialdemokratische Agrar-Enquete. Von Dr. J. Schmidt und Adolf Müller. — Ueberblick über die Theorien der Elektricität. Von Dr. Anton Sampa. — Pestalozzi und die Volksschule. Von Justus Heinrich. — Litterarisches Rundschau. — Notizen: Die Entwicklung der russischen Bergwerksindustrie. Von M. Beer. — Beilagen: Die Armen in Hamburg während des 16., 17. und 18. Jahrhunderts. Von Gustav Schufeldt.

Verbands-Anzeigen.

In jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

- Jachen. Sonntag, 15. Dez. Abds. 6 Uhr, im Vereinslokal Stiftungsfest — Montag, 16. Dez. Abds. 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Altenburg. Sonnabend, 14. Dezbr., Abds. 9 Uhr, im „Goldenen Löwen“, Generalversammlung. Wahl der Ortsverwaltung. Anträge.
Altona. Montag, 16. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Hospitalstr. 1, Altona, Mitglieder-Versammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Alt- und Hengersdorf. Sonntag, 16. Dez., Nachm. 3 Uhr, Versammlung in der „Felsenmühle“.
Für im Erges. Am 2. Weihnachtstagesfeierabend Nachm. Zusammenkunft im Gasthaus „Zum Anker“ in Schwarzenberg.
Bauhen. Sonnabend, 14. Dezbr., im „Jägerhof“, Generalversammlung. Vortrag. Gewerkschaftliches.
Bredow b. Stettin. Am 10. Dezbr., von 8 Uhr ab, im Verkehrslokal, Engelle, Wilhelm- und Kirchenstr., Gde. Zahl haben und Aufnahme neuer Mitglieder.
Cressfeld. Samstag, 21. Dezbr., Mitgliederversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Stellungnahme zum Gewerkschaftsgesetz.
Düsseldorf. (Sektion der Feilenhauer.) Sonntag, 15. Dez., Abds. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Wüsthoffen, außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Eckersförde i. Schl. Sonnabend, den 21. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn A.

- Schmidt, Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Lokalfrage zc. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.
Eisenberg, S. M. Sonntag, 16. Dez., General-Versammlung in Heinicke's Restaurant. Neuwahl der Ortsverwaltung. — Die restierenden Mitglieder werden an ihre Pflichten erinnert.
Erfurt. Sonnabend, 14. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Generalversammlung. Vortrag des Genossen Wittenberg. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Essen a. d. Ruhr. (Allgem.) Sonntag, 16. Dez., Vorm. 11 Uhr, Versammlung bei Spieler. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Fleussbad. Samstag, 14. Dez., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung in der „Sonne“. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Frankfurt a. M. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß sich unsere Herberge vom 15. Dezember ab Brühlhofstr. 20, bei J. Hoff, befindet. Auszahlung der Reiseunterstützung daselbst.
Fürthwangen. Samstag, 21. Dezbr., Abds. halb 8 Uhr, im Gasthaus zum „Bald“, Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Vortrag des Kollegen Säger. Was haben die Arbeiter in sanitärer und hygienischer Beziehung von der heutigen Gewerkschaftsordnung zu erwarten?
Gießen. Sonnabend, 14. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Abrechnung. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Grünberg i. Schl. Sonntag, 15. Dez., Nachm. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung auf Grünbergshöhe.
Gustavsburg-Postheim. Samstag, 14. Dez., Abds. 8 Uhr, im „Deutschen Kaiser“, Mitglieder-Versammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. — Dienstag, 31. Dezember, Abds. 7 Uhr, im Lokal daselbst, Christbaumfeier mit Verloosung, wozu die Mitglieder mit Familien, sowie Freunde und Genossen eingeladen sind. Gaben oder Geld hierzu werden im Lokal, sowie bei der Kommission entgegengenommen. Ohne Karte hat Niemand Zutritt.
Güstrow. Sonnabend, 21. Dez., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Wiese, Grünwintel. Wahl der gesamten Ortsverwaltung. — Die restierenden Mitglieder werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls andere Maßregeln ergreifen werden müssen.
Halberstadt. Sonnabend, 21. Dezbr., Mitglieder-Versammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Regelung des Ausgahens.
Hannover. (Sektion der Klempner.) Montag, 16. Dez., im kleinen Saale des Ballhofs, Generalversammlung. Bericht des Bevollmächtigten. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Hannover. (Sektion der Schmiede.) Dienstag, 17. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Wendling, Bankestraße 2, Mitglieder-Versammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Hannover. Sonnabend, 21. Dezember, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Generalversammlung. Wahl der Ortsverwaltung.
Heidenheim. Sonntag, 15. Dezbr., Nachmittags 3 Uhr, im Gasthofe z. „Hirsch“, Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Hiel. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 17. Dez., Abends 8 Uhr, in den „Zentralhallen“, Versammlung. Vortrag. Bericht vom Gewerkschaftsstatell. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Karlruhe. Samstag, 14. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Kollegen Kalmbach, Kaiserstr. Vortrag über: Unfall- und Altersversicherungsgesetz. Referent: Kollege Ehrle.
Ludenwalde. Sonnabend, 14. Dez., im Lokale des Gastwirts Otto Schulze, Beethovenstr. 34, Mitglieder-Versammlung. Neuwahl der Ortsbeamten.
Lübeck. Mittwoch, 18. Dez., Abends halb 9 Uhr, b. Beete, Lederstraße 9, Mitglieder-Versammlung. Bericht vom Statell. Wahl der Ortsverwaltung.
Leer. Sonnabend, 21. Dez., General-Versammlung. Jahresbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung. Bibliotheksbücher sind mitzubringen. Besprechung eines Winterfestes.
Leignitz. Sonnabend, 21. Dez., Abends 8 Uhr, im Gasthofe zum „Preußischen Hof“, Mitglieder-Versammlung. Wahl der Ortsverwaltung. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.
Linden. Sonntag, 15. Dez., Nachmittags halb 4 Uhr, im Lokale zur „Neuen Welt“, W. Fuhrhop, Generalversammlung. Bericht der Ortsverwaltung und Neuwahl derselben. Bericht der Bibliothekare und Neuwahl derselben.
Ludwigsburg. Samstag, 14. Dezbr., Abends 8 Uhr, im „Grünen Baum“, Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

- Münchberg. Sonntag, 22. Dezbr., bei Daniel Jechberg, Generalversammlung. Jahresbericht. Neuwahl. Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.
Münchberg. Sonnabend, 14. Dezbr., im Lokale, Versammlung. Wahl der Ortsverwaltung und des Vertrauensmannes im Statell. Vortrag: „Gewerkschaften und Gewerkschaften“. Wahl eines Krankenbesuchers der D. W. V. S.
Mühlhausen i. Th. Sonnabend, den 21. Dez., im Verbandslokal, Mitglieder-Versammlung. Vorstandswahl.
Mühlhausen a. M. Sonntag, 15. Dez., Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Seipel, General-Versammlung. Jahresbericht. Statellbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Kollegen werden ersucht, die Mitgliedsbücher mitzubringen.
Mühlheim a. Rh. Montag, 16. Dez., General-Versammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Neubrandenburg. Sonnabend, den 14. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Lokale des Herrn Bapp, Mitglieder-Versammlung. Neuwahl des Vorstandes.
Nürnberg. (Sektion der Glaschner.) Samstag, 21. Dez., im „Adlig von England“, Mitglieder-Versammlung. Regelung des Arbeitsnachweises.
Oberndorf a. N. Sonntag, 15. Dez., Nachmittags 2 Uhr, im Lokale zur „Sonne“, Generalversammlung. Geschäftsbericht. Wahl der Verwaltung. Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.
Oberursel i. C. Samstag, 14. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Bda, Mitglieder-Versammlung. Vortrag: „Sozialismus und Anarchismus“. Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Kollegen werden ersucht, die Bibliotheksbücher abzugeben.
Offenbach a. M. Montag, 16. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Saale zur „Stadt Heidelberg“, General-Versammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Bibliotheksbücher sind in dieser Versammlung abzuliefern. — Sonntag, 22. Dezbr., werden sämtliche Mitgliedsbücher eingezogen, behufs Abstempelung; die Kollegen wollen die Bücher bereit legen.
Pforzheim. Die auf Sonntag, den 15. Dezbr., angelegte Generalversammlung findet am 22. Dezember statt, betreffs der Konferenz in Karlsruhe.
Regensburg. Sonntag, 22. Dezbr., Vormittags 10 Uhr, General-Versammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Bibliotheksbücher sind in dieser Versammlung abzuliefern.
Regensburg. Sonntag, 15. Dezbr., Vormittags 10 Uhr, im neuen Lokale zur „Bavaria“, Generalversammlung. Neuwahl.
Reudersburg. Sonnabend, 21. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, bei W. Grebe, Chorstr., Mitglieder-Versammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Sitzungsfest.
Schramberg. Samstag, 21. Dezbr., Abends 8 Uhr, im „Mühle“, Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. — Sonntag, 22. Dez., im Gasthause zum „Ramm“, Weihnachtsfeier, wozu die Mitglieder mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen sind. — Die Restanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen bis zur nächsten Versammlung nachzukommen.
Schwelm. Sonntag, 15. Dez., Abends 5 Uhr, bei Herrn C. Müller, Mitglieder-Versammlung. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert, da der Jahresabschluss naht. — Adresse des Kassiers: Emil Müller, Schwelm, Mittelstraße 26.
Schwemlingen. Samstag, 14. Dez., Abends 8 Uhr, in der „Linde“, Mitglieder-Versammlung.
Schwerin. Sonnabend, 21. Dezember, Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Bibliotheksbücher sind in dieser Versammlung abzuliefern und die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.
Stettin-B. Sonnabend, 14. Dezember, bei Burrow, Hofgarten 61, Mitglieder-Versammlung. Vortrag.
Stuttgart. (Allg.) Samstag, 14. Dez., Abends 8 Uhr, im „Hirsch“, Saal II, Versammlung. Vortrag. Zusammenstellung der Berufskassisten. — Die Zeichenschule findet jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 10 Uhr Abends statt.
Wiesbaden. Samstag, 21. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, „Schwabacher Hof“, Mitglieder-Versammlung. Vorlesung. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Öffentl. Versammlungen.

- Bonn. Sonnabend, 14. Dez., Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Versammlung bei Müller, Friedhofstr. 14. Wahl des Vertrauensmannes. — Die Restanten werden dringend an ihre Pflichten erinnert.
Mühlhausen i. Th. Sonnabend, den 14. Dez., Abds. 8 Uhr, bei Herrn Herting, Ammerstr. 12, öffentliche Versammlung.

Der Druck des Unternehmertums auf die Lebenshaltung der Arbeiter. Referent. Kober. Lad.-Berlin.

Anzeigen.

Stachse. Am 21. November starb unser langjähriges Mitglied, der Dreher: Georg Dörms in seinem 24. Lebensjahre an Herzschlag und der Schloffer Josef Holst zu Garstedt an der Proletarierkrankheit. Wir werden Weiden ein ehrendes Andenken bewahren.
Verwaltungsstelle Hannover. Am 4. Dezember starb unser treuer und aufopfernder Kollege und früherer Kassier, der Klempner Paulus Henkel an der Proletarierkrankheit. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren und rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach.
Verwaltungsstelle Düsseldorf. Am 26. November verstarb nach langem Leiden unser Verbandsmitglied Hermann Müller im Alter von 21 Jahren an der Proletarierkrankheit. Wir bewahren ihm ein ehrendes Andenken.
Verwaltungsstelle Saalfeld a. d. E. Am 26. November starb an der Proletarierkrankheit unser langjähriges Mitglied, Gottlieb Reiskorner. Wir werden ihm in ehrendem Gedächtnis behalten.
Sekt. d. Metallzeug.-Zub. Nürnberg.

Klempner (Leipzig).

Unser Verkehrslokal mit Arbeitsnachweis und Herberge befindet sich im Restaurant „Graphia“, Sebnitzstr. 28.

Sämtliche Mitglieder, welche noch Karten von gemeinschaftlichen Wintervergügen haben, werden angefordert, unverzüglich abzurechnen. — Das Festkomitee wird ersucht, zu dem am 18. Dez. bei Hülmer, Gänsemarkt, stattfindenden Sitzung vollständig zu erscheinen. Moritz Walther, Hamburg.

Der Metallschläger Joseph Bauer, geb. zu Schwabach, B.-Nr. 98 286, wird aufgefordert, das aus der Bibliothek entlehene Buch, „Kleine Romane“, hier abzuliefern und seinen Verpflichtungen nachzukommen.
Verwaltungsst. Schwabach.

Das Mitglied Jakob Weis, geb. am 8. Oktober 1875 zu St. Wendelin, B.-Nr. 85 780, wird, behufs Aufhebung seiner Mitgliedschaft, um Mitteilung seiner Adresse an Jos. Höpfl, Schloffer, Konstantz, Hüllingerstraße 35, ersucht.

Der Schlosser Karl Michel aus Moberwitz, B.-Nr. 99 691, wird ersucht, das der hiesigen Bibliothek entnommene Buch Nr. 29 („Umschlag“ Heft 5), nach hier einzuliefern.
Ortsverw. Kottlau.

Der Former Georg Eberhardt, geb. am 3. Oktober 1875 zu Schnaltheim, Opt.-Nr. 80 797, wird ersucht, über den Verbleib des aus der Bibliothek entnommenen Buches „Der Mensch und seine Rassen“, Auskunft zu erteilen.
Ortsverw. Heidenheim.

Der Schlosser Friedrich Bänkert aus Breslau wird ersucht, seine Adresse sofort an seine Eltern gelangen zu lassen. Kollegen, welche den Aufenthalt des B. kennen, werden ersucht, ihn hierauf aufmerksam zu machen.
Feilenhauer Fritz Jahnmann wird um seine Adresse gebeten.
W. Frenzl, Güstrow.

Mechaniker, welcher längere Zeit auf Manometerwerke gearbeitet hat, sowie das Manometerfach genau versteht, sucht anderweitig baldigst Stellung. Gef. Anerbieten postlagernd Chemnitz, unter „Manometer“ erbeten.

Wichtiges Feilenhauer, der auch auf Schlüsselfellen arbeiten kann, findet im Alford oder hohen Lohn dauernde Stellung.
M. Datz, Feilenhauer, Neunkirchen b. Saarbrücken.

Für Mechaniker und Schlosser.

Wegen hohen Alters ist in München ein gutes, altes Mechaniker-Geschäft mit vollständigen Werkzeugen, Vorrath, Modellen und Zeichnungen für Deutmal- und Verleiden-Waagen zc. sofort billigst zu verkaufen. Das Geschäft ist auch für Schlosserei eingerichtet. Briefe unter B. F. 22 an die Expedition d. Bl.